

# FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 59

PFINGSTEN 1967

Fortschreitende, immer mehr sich vergrößernde Evolutionen sind der Stoff der Geschichte. . . .

Alle eure Stützen sind zu schwach, wenn euer Staat die Tendenz nach der Erde behält, aber knüpft ihn durch eine höhere Sehnsucht an die Höhen des Himmels, gebt ihm eine Beziehung auf das Weltall, dann habt ihr eine nie ermüdende Feder in ihm und werdet eure Bemühungen reichlich gelohnt sehn. An die Geschichte verweise ich euch, forscht in ihrem belehrenden Zusammenhang nach ähnlichen Zeitpunkten, und lernt den Zauberstab der Analogie gebrauchen. . . .

Nie erregten die Wissenschaften größere Erwartungen; die verschiedensten Seiten der Gegenstände werden ausgespürt, nichts wird ungerüttelt, unbeurteilt, undurchsucht gelassen. Eine Vielseitigkeit ohnegleichen, eine wunderbare Tiefe, eine glänzende Politur, vielumfassende Kenntnisse und eine reiche kräftige Phantasie findet man hie und da, und oft kühn gepaart. Aus dem Morgentraum der unbehilflichen Kindheit erwacht, übt ein Teil des Geschlechts seine ersten Kräfte an Schlangen, die seine Wiege umschlingen und den Gebrauch seiner Gliedmaßen ihm benehmen wollen. Noch sind alles nur Andeutungen, unzusammenhängend und roh, aber sie verraten dem historischen Auge eine universelle Individualität, eine neue Geschichte, eine neue Menschheit. . . .

Nur Geduld, sie wird, sie muß kommen, die heilige Zeit des ewigen Friedens, wo das neue Jerusalam die Hauptstadt der Welt sein wird; und bis dahin seid heiter und mutig in den Gefahren der Zeit, Genossen meines Glaubens, verkündigt mit Wort und Tat das göttliche Evangelium, und bleibt dem wahrhaften, unendlichen Glauben treu bis in den Tod.

NOVALIS
aus: "Die Christenheit oder Europa"

## FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft, des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 59

Pfingsten 1967

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel

Postverlagsort: 655 Bad Kreuznach

## Inhaltsübersicht

	Seite
. N. Eberhard	
Die keynesianische Revolution	3
Podo Steinmann	
Sicherung der monetären Stabilität in der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik	14
Programm	30
1. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. Juli bis 2. August 1967 in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee	
Fritz Penserot	
Ein Briefwechsel	41
Eckhard Behrens	
Konkurrenz hinwegdefinieren?	52
eser-Forum	54
Buchbesprechungen	59

## Die keynesianische Revolution\*)

Was zu einer Zeit gut war, Wird zur folgenden schädlich, Wenn es sich nicht entwickelt.

John Maynard Keynes (1883—1946) gilt bisher als der größte Volkswirtschaftler unseres Jahrhunderts. Mit Recht, denn er hat entscheidend zum Fortschritt der Nationalökonomie beigetragen. 20 Jahre nach seinem Tod wird seine Bedeutung etwa wie folgt gewürdigt, um nur ein Zeugnis zu zitieren:

"... Über die Phase der reinen Schule-Bildung ist sein Wirken heute längst hinausgewachsen. In der Okonomie ist er jetzt einer der Großen wie Adam Smith, David Ricardo, Karl Marx, die ihre Wirkung auf alle Fachvertreter ausüben; in der allgemeinen Geistesgeschichte und im Hinblick auf die moderne Gesellschaft überhaupt gehört er zu denen, die das Denken und Sprechen und das Weltbild aller beeinflußt haben, so wie etwa Sigmund Freud oder Max Planck . . . Betrachten wir heute die ,keynesianische Botschaft', so können wir feststellen: SIE IST NICHT EIN FÜR ALLEMAL AUF EIN BESTIMMTES INSTRUMENTARIUM FIXIERT. In zwei Dingen jedoch ist sie konstant: Sie stellt zum ersten eine ständige Warnung vor vorschnellen Rezepten der Restriktion dar . . ., zum zweiten eine unaufhörliche Mahnung, nicht solche Verhaltensnormen und Attitüden, solche Wertstandards und Werkzeuge zu konservieren, die durch die tatsächliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung längst überholt sind. Wie Keynes' Schülerin Joan Robinson sagt: Die keynesianische Revolution hat die alten, einschläfernden Lehren vernichtet. Wir befinden uns in der unbehaglichen Zwangslage, selbst nachdenken zu müssen." (Das sagte ein Sozialist, Prof. Karl Schiller, Hamburg, maßgebender Nationalökonom und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, z. Z. Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, in der "Zeit" v. 22. 4. 1966, von anderen Seiten ist aber die Würdigung ähnlich.)

<sup>\*)</sup> Vorbemerkung der Redaktion: Wir freuen uns, unseren Lesern diese gründliche Studie der Theorien Keynes vorlegen zu können. Der Abdruck wird in der nächsten Nummer fortgesetzt. Die Arbeit darf gerade heute — wo die neue Regierung der Bundesregierung sich auf Keynes beruft und auf seinen Empfehlungen weiterzubauen gedenkt — besondere Aufmerksamkeit beanspruchen.

Der Einfluß Keynes' auf die Wirtschaftspolitik der Regierungen ist beträchtlich gewesen und ist es noch. Wenn dieser Einfluß von Anfang an größer gewesen wäre — Keynes gab sich dazu alle Mühe —, so hätte Keynes wahrscheinlich nicht zu Kompromiss-Vorschlägen gegriffen, die zu gefährlichen Entwicklungen verleiten können. Denn er beschränkte sich nicht darauf, die Ursachen des schlechten Funktionierens unseres Wirtschaftssystems und damit seiner Gefahren zu erforschen, sondern er hat sich von Anfang an bemüht, aus seinen Erkenntnissen die praktischen Konsequenzen für die menschliche Gemeinschaft zu ziehen. So hat er z. B. schon vor 1923, Erscheinungsjahr seines "Traktat über Währungsreform", gegen die Deflationspolitik und für freie Wechselkurse gekämpft.

Was man sein wissenschaftliches Testament nennen kann, die Theorie welche die klassische Volkswirtschaftslehre revolutioniert hat, ist in seinem letzten, 1946 erschienenen Werk enthalten, der "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes". Dieses Werk ist für die Fachleute geschrieben und sein Studium ist für den Laien nicht leicht. Sogar die Fachleute hatten Mühe, es zu verstehen, allerdings wegen der Schwierigkeit, in anderen als den gewohnten Gedankenbahnen zu denken. Keynes' aufreibende politische Aktivität, um seine Erkenntnisse in den maßgebenden Gremien und Konventionen zum Durchbruch zu verhelfen, erlaubten ihm nicht mehr, sein Werk zu überarbeiten, um seine "Allgemeine Theorie" klarer und in einer einem breiteren Publikum zugänglichen Art darzustellen. Das ist ein großes Unglück, denn dadurch fehlte und fehlt seiner Revolution der nötige Boden, um sich zu entwickeln und beim Übergreifen auf die Politik den guten Weg durchsetzen zu können, um ihr Ziel zu verwirklichen, das da ist: die Läuterung des Kapitalismus, seine Umwandlung in ein System, in welchem persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit garantiert sind. So harrt diese kaum eingeleitete keynesianische Revolution immer noch ihrer Fortsetzung. Um sie zu fördern, sei hier versucht, Keynes' "Allgemeine Theorie . . . " und die sich aus ihr ergebende moralische Konsequenz: die wahre keynesianische Revolution wie sie erst noch kommen muß, allgemein verständlich darzustellen.

#### I. Keynes' "Algemeine Theorie . . ."

Seit J. B. Say (1767—1832) nimmt die klassische Nationalökonomie an, daß die Produktion ihre eigene Nachfrage schafft, daß also die "wirksame Nachfrage" unmöglich unzureichend sein könne. Dies trotzdem die Tatsachen das Gegenteil bewiesen und beweisen. "Daß diese Lehre Schlüsse zog, die grundverschiedenen waren von dem, was der gewöhnliche Mann erwartet hatte, steigerte ihr intellektuelles Prestige. Daß sie, aufs Leben übertragen, hart und oft ungenießbar war, verlieh ihr Tugend . . . Daß sie erklären konnte,

daß eine Menge sozialer Ungerechtigkeiten und scheinbarer Grausamkeiten unvermeidliche Zwischenfälle im Fortschrittsplan seien und daß jeder Versuch "solche Zustände zu ändern, im ganzen voraussichtlich mehr Schaden als Gutes bringen würde, empfahl sie der Obrigkeit. Daß sie den uneingeschränkten Tätigkeiten der einzelnen Kapitalisten eine gewisse Rechtfertigung gewährte, zog ihr die Unterstützung der herrschenden sozialen Macht zu, die hinter der Obrigkeit stand . . . " (Keynes)

Diese als Say'sches Gesetz bekannte Annahme ist nur richtig für die Naturaltauschwirtschaft, trifft aber für die Geldwirtschaft nicht zu, weil das Volkseinkommen (das in Form von Arbeitseinkommen, Zins und Grundrente bezogen wird), welches jeweils die ganze Produktion aufkaufen sollte, sich nicht immer restlos in wirksame Nachfrage verwandelt, sondern oft teilweise zurückbehalten wird. Namentlich ist das immer mehr der Fall, wenn das Volkseinkommen zunimmt, weil der Konsum nicht im gleichen, sondern in einem geringeren Verhältnis zunimmt und die Investition nicht entsprechend zunimmt. Der Beschäftigungsgrad hängt aber von der wirksamen Nachfrage ab und ist ihr gleich. Unterbeschäftigung (Arbeitslosigkeit) stammt von einem Mangel an wirksamer Nachfrage

Volkseinkommen = wirksame Nachfrage bestimmt { Konsum + Investition (reales Sparen) + zurückgehaltene | bewirkt Nachfrage (Geldhortung) | Unterbeschäftigung

Vollbeschäftigung hängt davon ab, daß die Summe der Ausgaben für Konsum + Investition genügend ist, d. h. gleich dem ganzen Volkseinkommen, aus dem diese Ausgaben in der Hauptsache bestritten werden.

Vollbeschäftigung hängt also von den Faktoren ab, welche Konsum und Investition bestimmen.

Der Konsum hängt ab vom Hang zum Konsum und von der Größe des Einkommens.

Die Investition hängt ab vom Zinsfuß (des Geldes) und von der Grenzleistungsfähigkeit des (Sach)Kapitals.

Der Zinsfuß hängt ab:

Erstens von der Liquiditätsvorliebe (seitens der Geldbesitzer; sie bestimmt deren Angebot — oder Nachfrage — auf dem Kapitalmarkt);

Zweitens von der Politik der Zentralbank (Geldmenge);

Drittens von der Kreditnachfrage der Unternehmer (Sie wird durch die Spanne zwischen Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und Zins bestimmt).

Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hängt ab:

Erstens von den Renditeaussichten des neuen (Sach)Kapitals, wie sie von den Unternehmern eingeschätzt werden;

Zweitens vom Herstellungspreis des neuen (Sach)Kapitals.

Die Grenzleistungsfähigkeit eines Kapitals ist der Ertrag, den der Unternehmer sich von einer neuen (weiteren) Einheit dieser Sorte Sachkapital oder Investition verspricht (Bruttoertrag abzüglich laufende Betriebs- und Unterhaltspesen), in Prozenten seines Herstellungspreises. Die höchste der einzelnen Grenzleistungsfähigkeiten ist die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals schlechthin.

Auf lange Sicht wird die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals von seinem Knappheitsgrad bestimmt, welcher infolge des technischen Fortschritts und des Sparens die natürliche Tendenz zu sinken hat. Je mehr dieser Knappheitsgrad sinkt, d. h. je reichlicher das Realkapital (Fabriken, Wohnungen etc.) wird, um so mehr sinkt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals infolge der Konkurrenz, die das neue Sachkapital dem bestehenden macht.

Die Tatsache, daß der Ertrag des Kapitals sinkt, wenn das Kapital weniger knapp wird, beweist zweierlei: 1. daß die Nachfrage nach Kapital jeweils nicht unbegrenzt ist, und 2. daß dieser Ertrag nicht von einer sog. "Produktivität des Kapitals" stammt, denn dieses Sinken des Ertrags findet statt, ohne daß die Produktivität d. h. die Produktionsfähigkeit des Kapitals abnimmt. Nicht das Kapital ist produktiv, sondern die menschliche Arbeit (geistige und manuelle), aber dies natürlich mehr oder weniger, je nach dem ihr zur Verfügung stehenden Kapital (= Hilfsmittel wie Maschinen, Instrumente etc.).

Sparen und technischer Fortschritt haben die Tendenz, die Sachkapital-knappheit verschwinden und dadurch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf 0 % sinken zu lassen, d. h. bis der Kapitalertrag gerade noch die Unterhaltskosten des neuen Kapitals deckt. Die Investition würde dann weiterhin stattfinden, aber nicht mehr beim Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter 0 %. Was dieses Sinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bis auf 0 % verhindert, ist der Zins. Der Zins ist die Liquiditätsprämie, d. h. die Prämie die dem Geldbesitzer zu entrichten ist, damit er auf die Liquidität verzichtet, d. h. sein Geld (welches die liquidste Vermögensform darstellt, die einzig vollkommen liquide Form) gegen eine andere

Vermögensform tauscht: Guthaben (indem er sein Geld ausleiht), Wertschriften etc. wobei dieser Tausch direkt oder indirekt eine Investierung ermöglicht oder bewirkt.

Der Zins wird von den bereits genannten drei Faktoren bestimmt. — Wie? 1. Faktor: die Liquiditätsvorliebe (= Hang zum Geldhorten). Die Liquiditätsvorliebe hat im wesentlichen ihren Ursprung in der Erwartung oder Befürchtung eines künftigen Steigens des Zinsfußes (Spekulationsmotiv), wenn man vom normalen Liquiditätsbedarf der Wirtschaft für Geschäftszwecke absieht. Dies wird von Keynes wie folgt erklärt:

Der langfristige Zinssatz (der ja für die Sachkapitalinvestierung in Frage kommt) und seine Schwankungen widerspiegeln sich im Börsenkurs der Wertschriften. Wenn ein Wertpapier, das 100 kostet, jährlich 5 abwirft, so ist der langfristige Zinsfuß 5 %. Wenn sein Kurs steigt, so bedeutet dies, daß der Zinsfuß gesunken ist, weil jetzt mehr als 100 nötig sind, um eine jährliche Rendite von 5 zu kaufen. Und umgekehrt.

Das Steigen des langfristigen Zinsfußes bewirkt demnach ein Sinken des Kurses der Wertschriften (= des Preises der Investitionen). Das bedeutet, daß in Erwartung einer Zinserhöhung, derjenige, der Wertschriften kauft (investiert), bevor diese Erhöhung stattgefunden hat, sich einen Gewinn entgehen läßt oder sogar einen Verlust riskiert. Beispiel: Nehmen wir an der Zinsfuß sei 5 %. Ein Titel, der jetzt 1000 kostet, wirft also jährlich 50 ab.

Wenn nach 3 Jahren der Zins auf 6 % gestiegen ist, wird der Kurs des Titels auf 833 ½ gesunken sein (weil bei 6 % Zins diese Summe genügt, um eine jährliche Rendite von 50 zu kaufen). Wenn ich heute meine 1000 bar behalte und den Titel erst in 3 Jahren kaufe, gewinne ich 166²/3, was eine Rendite von 5,5 % jährlich darstellt. Wenn ich hingegen heute den Titel kaufe, habe ich nach 3 Jahren einen Kapitalverlust von 166²/3. Nach Abzug des erhaltenen Zinses (3 × 50) ergibt das statt einer Rendite einen Nettoverlust von 0,5 % jährlich.

Dieses Verlustrisiko steigt nun, je tiefer das Zinsniveau ist. Nehmen wir an, der Zinsfuß sei 2 %. Ein Titel, der 100 kostet, wirft 20 ab. Wenn nach 3 Jahren der Zins auf 3 % steigt, fällt der Kurs des Titels auf 666²/3 (weil bei 3 % Zins diese Summe genügt, um einen jährlichen Ertrag von 20 zu kaufen). Der Kapitalverlust beträgt 333¹/3. Nach Abzug des erhaltenen Zinses (3 × 20) ergibt sich ein Nettoverlust von 273¹/3 = 9,1 % jährlich, statt einer Rendite. Dieses Risiko ist zu groß, um akzeptiert zu werden.

Das erklärt, warum, je tiefer das Zinsniveau sinkt, desto mehr die Liquiditätsneigung steigt, bis sie absolut wird bei einem Zinsfuß, den Keynes zwi-

schen 2 und 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % schätzte. Absolut bedeutet das, daß bei diesem kritischen Satz die Liquiditätsneigung die beiden anderen Faktoren ausschaltet, die sonst den Zinssatz mitbestimmen.

2. Faktor: die Kreditnachfrage der Unternehmer zwecks Investierung. Wovon hängt diese Nachfrage ab? Keynes antwortet (Kap. 16. 1.):

"Die Schaffung neuen Vermögens, d. h. die Investition, hängt vollständig davon ab, ob das voraussichtliche Erträgnis des neuen Vermögens (die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) zumindest das Niveau des jeweiligen Zinsfußes erreicht . . . Das voraussichtliche Erträgnis, mit welchem sich die Erzeuger der neuen Investition zu begnügen haben, kann nicht unter den jeweiligen Zinsfuß fallen", d. h. unter die Finanzierungskosten der neuen Investition, sonst wird von der Investition abgesehen.

Je mehr also die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sich dem Zinsniveau nähert um so mehr nimmt die Nachfrage der Unternehmer ab, um ganz zu verschwinden, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter den Zinsfuß fällt. Dieser Nachfragerückgang auf dem Geld- und Kapitalmarkt bringt den Zinsfuß zum Sinken, aber nur bis zum genannten kritischen Niveau. Wenn der Zinsfuß auf dieses Niveau gesunken ist, wird die Liquiditätsneigung absolut und die Wirtschaft fällt in die Liquiditätsfalle. Der von neuen Investitionen erwartete Ertrag genügt nicht mehr zur Verzinsung des für sie benötigten Kapitals. Rechnerisch unmöglich geworden, hört die Investition auf. Die Depression überträgt sich rasch auf die ganze Wirtschaft, mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend. Allmählich wird durch die Krise das Sachkapital wieder knapper. Das bringt seinen Ertrag und die Aussichten auf Ertrag für Neuinvestitionen wieder zum Steigen. Die Investierung kann wieder einsetzen. Keynes bemerkt dazu:

"Das Zeitelement im Konjunkturzyklus, d. h. die Tatsache, daß eine bestimmte Zeitspanne gewöhnlich verstreichen muß, bevor die Erholung (steigende Phase) beginnt, wird durch die Einflüsse erklärt, welche die Wiederherstellung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals beherrschen. Erstens durch die Lebenslänge der dauerhaften Sachkapitalien im Verhältnis zur normalen Wachstumsrate in einer gegebenen Epoche, und zweitens durch die Durchhaltekosten überschüssiger Vorräte sind Gründe gegeben, warum die Dauer der Abwärtsbewegung eine Größenordnung hat, die nicht zufällig ist und die z. B. nicht zwischen einmal einem Jahr und das nächste Mal zehn Jahren schwankt, sondern die eine gewisse Regelmäßigkeit von sagen wir 3—5 Jahren aufweist". (Kap. 22, 2)

3. Faktor: die Politik der Zentralbank. Keynes nennt zwar an deren Stelle das von der Zentralbank emittierte "Geldvolumen" (statt ihre Angebots-

bedingen, welche dieses Volumen bestimmen), aber diese Bezeichnung ist offensichtlich ein Detailfehler, den Keynes berichtigt hätte, wenn ihm gegönnt worden wäre, seine "Allgemeine Theorie" zu überarbeiten. Denn Keynes selbst bestätigt indirekt, daß weit mehr als die emittierte Geldmenge die Konditionen der Zentralbank es sind (Diskont-, Lombard- und übrige Zinssätze für die verschiedenen Termine etc.) welche die ganze Zinsskala direkt zu beeinflussen vermögen, nicht nur indirekt durch das Volumen der durch sie veranlaßten Geldemission. Er schreibt Kap. 15, 3:

"Wenn die Währungsbehörde bereit wäre, zu von ihr festgesetzten Bedingungen in Guthaben (Titeln) von allen Verfallzeiten in beiden Richtungen zu handeln (d. h. diese zu kaufen und zu verkaufen), und noch mehr: wenn sie bereit wäre, in Guthaben von verschiedenen Risikenklassen zu handeln, wäre das Verhältnis zwischen dem Komplex der Zinssätze und der Geldmenge direkt... Ein komplexes Angebot seitens der Zentralbank zu von ihr festgesetzten Preisen erstklassige Schuldscheine von allen Verfallzeiten zu kaufen und zu verkaufen, statt der bloßen Diskontierung von kurzfristigen Wechseln, ist vieleicht die wichtigste praktische Verbesserung, die in der Technik der monetären Kontrolle (d. h. zur Beherrschung der Geld- und Kreditmenge) gemacht werden kann."

Keynes meint hier nicht nur die übliche Offen-Markt-Politik "Guthaben und Schuldscheine zu festgesetzten Preisen kaufen" heißt auch, Darlehen zu einem anehmbaren Zinsfuß gewähren, wenn sich die Liquiditätsfalle öffnet. Keynes zieht also hier die wichtige Schlußfolgerung, daß die Währungsbehörde in der Lage ist, durch Unterbieten auf dem Kapitalmarkt den Geldstreik zu brechen und die ganze Zinsskala einschließlich langfristigen Zinsfuß soweit zu senken, daß der Investitionsstrom wieder gewährleistet ist. Er bestätigt dies und sagt noch mehr (an der gleichen Stelle):

"Es besteht die Möglichkeit, daß nachdem der Zinsfuß auf ein gewisses Niveau gefallen ist, die Liquiditätsvorliebe virtuell absolut werden kann in dem Sinn, daß fast jedermann Bargeld dem Besitz eines Guthabens (Titels) vorzieht, das einen so niedrigen Zins trägt. In diesem Fall hätte die Währungsbehörde die effektive Kontrolle über den Zinsfuß verloren. Während aber dieser Grenzfall in der Zukunft praktisch wichtig werden könnte, ist mir kein bisheriges Beispiel dafür bekannt. In der Tat gab es wegen der Unwilligkeit der meisten Währungsbehörden, kühn in langfristigen Guthaben zu handeln, bisher nicht viel Gelegenheit für eine Probe."

Hier sagt Keynes indirekt, daß bisher die Währungsbehörden (Zentralbanken) der Liquiditätsvorliebe (= dem Hang zum Geldhorten) freie Hand ließen, den Zinsfuß am Sinken unter das kritische Niveau zu hindern und so die Krise auszulösen. Denn wenn sie bisher die Kontrolle über den Zinsfuß nicht verloren haben, so deshalb, weil sie ihren Zinsfuß jeweils dem von der "Liquiditätsvorliebe" festgesetzten angepaßt haben, mit anderen Worten: weil sie im entscheidenden Augenblick nach deren Geige getanzt haben. Keynes aber fügt seine Schlußfolgerung hinzu:

"Wenn eine solche Lage entstehen sollte, würde dies bedeuten, daß die öffentliche Behörde selbst, durch das Bankensystem, unbegrenzt zu einem nominalen Zinsfuß borgen könnte," d. h. zu einem von ihr so tief festgesetzten Zinsfuß, daß er den Unternehmern annehmbar ist, ihnen die Investition wieder ermöglicht. So kann, sagt Keynes, die Zentralbank die Liquiditätsvorliebe in Schach halten, den Hang zum Horten, den Geldstreik brechen.

Soweit unsere kurze Darstellung der drei Faktoren, die den Zinsfuß bestimmen. Sie hat gezeigt, daß bis jetzt der überlegene, der entscheidende von ihnen die Liquiditätsvorliebe war und ist. Sie ist es, die den Konjunkturzyklus bewirkt, die abwechselnden Schwankungen zwischen Depression und Überhitzung, und sie ist die Ursache des Zinses.

Damit wäre Keynes' "Allgemeine Theorie" skizziert. Sie zeigt, daß der Zins letzten Endes durch die Sachkapitalknappheit geschaffen wird und seine Höhe der Maßstab dieser Knappheit ist, welche durch die Liquiditätsvorliebe künstlich aufrechterhalten wird, wenn sie nicht andere Ursachen hat. Diese können sein:

- 1. die Zerstörung infolge Katastrophen, natürliche und weniger natürliche, als da sind, Kriege, Bürgerkriege etc.
- 2. ein künstlich gesteigerter Konsum, der zu wenig für die Investition übrigläßt, als daß sie ausreichen könnte, um den natürlichen Verschleiß des vorhandenen Sachkapitals wettzumachen und den Bedarf an neuem Sachkapital (infolge Bevölkerungszuwachs etc.) zu decken. Ein solcher unnatürlicher Konsum kann vom privaten Sektor ausgehen (der z. B. durch Propaganda zur Vergeudung verführt wird) oder vom Staat.

So gibt die "Allgemeine Theorie" die Erklärung, warum im kapitalistischen System, um den zur Erhaltung dieses Systems nötigen Beschäftigungsgrad zu sichern, bisher die unproduktiven Investitionen und Ausgaben wirksamer waren und sind als die Investitionen, die den allgemeinen Wohlstand fördern. Es ist paradox, unsinnig, aber doch so. Der moderne Kapitalismus blüht und gedeiht, wenn die Regierungen einen gewaltigen Teil des Volkseinkommens in die Rüstung werfen. Statt eine Last zu sein, die eine hochentwickelte Wirtschaft zugrunde richtet, ist die offensichtliche Vergeudung, welche die Rüstung darstellt, in Wahrheit ein Mittel zur Sicherung eines genügenden

Beschäftigungsgrades. Ohne die Rüstungsausgaben wäre der Staat gezwungen, die Macht der Kapitalisten zu brechen (die Liquiditätsvorliebe), um den nötigen Strom der Investition zu garantieren. Darum ziehen die Kapitalisten einen Zustand vor, in dem Rüstung unerläßlich erscheint oder ist.

Daraus zieht Keynes den Schluß, daß der Staat eingreifen muß, um nicht länger gezwungen zu sein, das Volkseinkommen durch unsinnige Ausgaben zu vergeuden, welche nicht nur den Fortschritt aller zu menschenwürdigem Dasein verhindern, sondern zu nichts anderem führen können, als zur allgemeinen Vernichtung.

II. Die praktischen Folgerungen aus der "Allgemeinen Theorie" soweit sie Keynes zog

Seine Untersuchung führt Keynes zur Schlußfolgerung, daß das Zeitalter des Laissez-faire vorbei ist: Wenn man die Katastrophe vermeiden will, muß der Staat eingreifen. Wie soll er eingreifen? Wenn die Diagnose richtig ist, ist das richtige Heilmittel nicht mehr schwer zu finden — wenn ein solches existiert. Die Allgemeine Theorie hat die Diagnose geliefert. Zu welchem Zweck?

"Unsere letzte Aufgabe ist die Wahl der veränderlichen Größen, welche durch die Zentralbehörde des Systems, in dem wir gegenwärtig leben, nach Bedarf kontrolliert und beeinflußt werden können" sagt Keynes (Kap. 18, 1) und zwar "um den Rahmen zu bestimmen, den das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Produktion verwirklichen soll" (24. 3.).

Diese veränderlichen Größen sind, wie wir gesehen haben:

der Konsum

des privaten Sektors

des Staates

die Investition

der Zinsfuß

die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals

Um Vollbeschäftigung zu garantieren, muß jeweils die wirksame Nachfrage d. h. die Summe der Ausgaben für Konsum + Investition dem ganzen Volkseinkommen gleichen. Um die wirksame Nachfrage auf dieses Niveau zu heben, wenn sie nachzulassen trachtet, kann man also:

- 1. den Konsum steigern
  - a) durch eine gleichmäßige Umverteilung des Volkseinkommens;
  - b) durch soziale öffentliche Ausgaben;
  - c) durch "antisoziale" öffentliche Ausgaben;

#### 2. die Ivenstition steigern

- a) durch Senken des Zinssatzes;
- b) indem man die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals am Sinken verhindert oder zum Steigen bringt mittels sozialer öfentlicher Investition:
- c) dto. mittels antisozialer öffentlicher Investitionen;
- d) durch produktive staatliche Investitionen.

Die Mittel 1c und 2c, die Keynes gegeißelt hat, fallen außer Betracht. Welches ist unter den verbleibenden möglichen Mitteln das beste? Keynes antwortet (Kap. 24, 2):

"Es ist zu unserem besten Vorteil, den Zinsfuß auf jenen Punkt im Verhältnis zur Kurve der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu senken, auf dem Volbeschäftigung besteht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Kriterium zu einem viel niedrigeren Zinsfuß als bisher führen wird; und, soweit man aus den Kurven der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vermuten kann, die einem wachsenden Kapitalbestand entsprechen, wird der Zinsfuß wahrscheinlich stetig fallen, wenn es möglich sein sollte, einen Zustand von mehr oder weniger dauernder Vollbeschäftigung zu erhalten — es sei denn, daß eine übermäßige Anderung im Gesamthang zum Konsum (unter Einschluß des Staates) eintritt", d. h. es sei denn, der Konsum entarte zur Vergeudung, oder der Staat zu einem Moloch durch Anwendung der Mittel 1c und 2c, oder beides.

"Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß ihr Ertrag nicht viel mehr als ihre Entwertung durch Abnützung und Alterung sowie ein gewisses Entgelt für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen decken würde . . ."

"Dieser Zustand würde . . . den sanften Tod des Rentners bedeuten und folglich den sanften Tod der kumulativen (sich selbst steigernden) Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, die darin besteht, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten. Der Zins ist heute kein Entgelt für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Grundrente (Bodenzins). Der Besitzer von Kapital kann Zins erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Bodenbesitzer die Grundrente erhalten kann, weil der Boden knapp ist. Aber während natürliche Gründe für die Knappheit an Boden bestehen mögen, bestehen keine natürlichen Gründe für die Knappheit des Kapitals. Auf lange Sicht gibt es keinen natürlichen Grund für solche Knappheit, bei der das Ausleihen von Kapital ein Opfer wäre, das den Zins als Entschädigung rechtfertige, — ausgenommen der Fall, daß der individuelle Hang zum Verbrauch sich so stark

erweisen würde, daß bei Vollbeschäftigung das Sparen aufhören würde, bevor genügend Kapital gebildet wäre. Aber selbst dann würde es immer noch möglich seien, das öffentliche Sparen durch Vermittlung des Staates auf einem Stand zu halten, der das Wachstum des Kapitals bis zu dem Punkt ermöglichen würde, an dem es aufhört knapp zu sein."

"Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Rolle gespielt haben wird..." (s. Fußnote)

Ahnlich heißt es Kap. 16, 4:

"Wenn ich recht habe in meiner Annahme, daß es verhältnismäßig leicht ist, Kapitalgüter so zu vermehren, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, so mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich viele der anstößigen Züge des Kapitalismus los zu werden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige soziale Anderungen das allmähliche Verschwinden des Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum zur Folge hätte. Jeder wäre immer noch frei, sein Arbeitseinkommen anzuhäufen (zu sparen) mit der Absicht, es später auszugeben. Aber das Ersparte würde nicht von selbst wachsen . . . Der Rentner würde verschwinden, aber der Raum zur Betätigung von Unternehmungsgeist und Geschicklichkeit in der Schätzung voraussichtlicher Erträgnisse würde immer noch bestehen. Denn das Obige bezieht sich auf den reinen Zinsfuß, ohne Prämien für Risko und dergleichen, und nicht auf den die Risikoprämie enthaltenden Rohertrag des Sachkapitals . . . " \*) Fortsetzung folgt I. N. Eberhard, Basel

\*) Was meint Keynes mit diesen Sätzen? Welche Rolle hatte die Rentnerseite des Kapitalismus zu spielen, welchen Zweck zu erfüllen? Die Antwort dürfte in der Beschreibung des blühenden Kapitalismus der Welt vor 1914 enthalten sein, die Keynes in seiner 1919 erschienenen Kampfschrift "Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens" gibt, aus der wir folgendes zitieren:

kapitalismus der Welt vor 1914 enthäten sein, die Reynes in seiner 1919 erschienen Kampfschrift "Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens" gibt, aus der wir folgendes zitieren: "Europa war sozial und wirtschaftlich so organisiert, daß eine maximale Kapitalakkumulation gewährleistet war. Während es einigermaßen ständige Verbesserungen in den täglichen Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung gab, war die Gesellschaft so gestaltet, daß ein großer Teil des gesteigerten Einkommens der Kontrolle jener Klasse unterworfen war, von der am wenigsten angenommen werden konnte, daß sie ihn konsumieren werde. Die neuen Reichen des 19. Jahrhunderts wurden nicht zu großen Ausgaben erzogen und zogen die Macht, die ihnen das Investieren verlieh, dem Vergnügen des sofortigen Konsumierens vor. Tatsächlich var es gerade die Ungleichheit in der Vermögensverteilung, welche jene gewaltigen Anhäufungen von angelegtem Vermögen (Kapitalvergrößerungen) ermöglicht hat, die dieses Zeitalter von allen anderen unterscheidet. Hierin lag in der Tot die hauptsächliche Rechtfertigung des kapitalistischen Systems. Hätten die Reichen ihren neuen Reichtum für ihre eigenen Vergnügungen ausgegeben, so hätte die Welt schon lange ein solches Regime untragbar gefunden. Aber sie sparten und akkumulierten wie Bienen, nicht zuletzt zum Vorteil der ganzen Gemeinschaft, obwohl sie selbst nur beschränktere Ziele in Aussicht hatten. — Die ungeheueren Akkumulationen von angelegtem Kriga aufgebaut worden waren, hätten nie in einer Gesellschaft zustande kommen können, in welcher der Reichtum gleichmäßig verteilt war. Die Eisenbahnen der Welt, die jenes Zeitalter als Monument für die Nachfahren errichtete, waren ebenso wie die Pyramiden Aegyptens das Werk von Arbeitern, denen es nicht gestaltet war, den vollen Gegenwert ihrer Anstrengungen zum sofortigen Vergnügen zu konsumieren. — Wenn ich dies schreibe, setze ich damit nicht notwendig die Praktiken jener Generation herab. In den unbewußten Tiefen ihres Seins wußte die Gesellschaft, was sie tat. Im Verhältnis

## Sicherung der monetären Stabilität in der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik

von Dr. Bodo Steinmann, Universität Bochum

Vortrag gehalten auf der 20. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung im August 1966 in Herrsching am Ammersee

#### 1. Begriff der monetären Stabilität

Monetare Stabilität oder Währungsstabilität wird in der Regel mit der Stabilität des Preisniveaus und folglich mit der Stabilität der Kaufkraft als Reziproke des Preisniveaus gleichgesetzt. Dieser Identifizierung von monetarer Stabilität und stabilem Preisniveau möchte ich mich nicht vorbehaltlos anschließen.

Wie die Gewährleistung eines funktionsfähigen Wettbewerbs, so ist auch die Sicherung der monetären Stabilität kein Zweck, der um seiner selbst willen angestrebt wird. Beide Ziele sind der Durchsetzung einer bestmöglichen Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage (Gleichgewicht) bei gleichzeitiger Ausweitung des Angebots (Wachstum) ebenso vorgelagert wie diese den allgemein anerkannten gesellschaftlichen Grundwerten.

Wird die monetäre Stabilität als Element dieser Wertehierarchie gesehen, dann ist darunter ein Zustand zu verstehen, in dem das Geld die wirtschaftlichen Transaktionen erleichtert, ohne die güterwirtschaftlich bestimmten Preisrelationen (Knappheitsrelationen) zu verfälschen. So definiert ist monetäre Stabilität identisch mit Neutralität des Geldes, und sie kann theoretisch aus zwei Gründen von der Preisniveaustabilität abweichen:

—Preiserhöhungen oder -senkungen, die in der Volkswirtschaft durchgängig in gleichem Ausmaß erfolgen, stören die Knappheitsrelationen nicht. Sie sind für die Güterwirtschaft — falls sie nicht zu Spekulationen auf weitere Preiserhöhungen oder -senkungen Anlaß geben — neutral. Hier ist zwar nicht die Preisniveaustabilität, wohl aber die monetäre Stabilität gewahrt.

-Preisänderungen auf Grund güterwirtschaftlicher Tatbestände können ebenfalls mit monetärer, nicht aber mit Preisniveaustabilität vereinbar sein: Sind zur Erhaltung eines stabilen Preisniveaus Geldmengenänderungen notwendig, so kollidieren diese mit der monetären Stabilität. Hierbei ist insbesondere an wirtschaftliches Wachstum auf Grund technischen Fortschritts zu denken. Durch technische Verbesserungen verringern sich die Produktionskosten je Stück bzw. erhöhen sich bei gleichen Gesamtkosten die ausgebrachten Mengen. Um Preisniveaustabilität zu erhalten, d. h. also, um Preissenkungen, die infolge der Produktionserhöhungen eintreten würden, zu verhindern, muß eine entsprechende Ausweitung der Geldmenge stattfinden. Die dabei auftretenden monetaren Impulse verursachen eine Störung der monetären Stabilität, die andererseits - und das ist einschränkend zu sagen - auch nicht gewährleistet wäre, wenn die Preissenkungen in solchem Umfang und solcher Regelmäßigkeit aufträten, daß sie die Nachfrager in bezug auf ihre Käufe zu einer abwartenden Haltung veranlassen würden.

Diese Abweichungen der monetären Stabilität von der Preisniveaustabilität sind jedoch — wie schon erwähnt — nur von theoretischer Bedeutung.

Die Erfahrung lehrt zum einen, daß Veränderungen des Preisdurchschnitts niemals auf Grund einer gleichmäßigen Veränderung aller Einzelpreise zustande kommen, so daß jede monetär bedingte Veränderung des Preisniveaus zwangsläufig die sich güterwirtschaftlich ergebenden Preisrelationen stört und damit auch das Prinzip der monetären Stabilität verletzt, während zum anderen die Machtverhältnisse sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch auf den Produktmärkten eine Senkung des Preisnivaus auf Grund des technischen Fortschritts kaum zulassen.

Es ist deshalb aus praktisch-wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus gerechtfertigt, die monetäre Stabilität mit Preisniveaustabilität gleichzusetzen.

#### 11. Monetare Stabilität als erstrebenswertes Ziel?

Ordnungstheoretiker — wie Eucken, Hayek und Lutz') — betonen immer wieder, daß der marktwirtschaftliche Abstimmungsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage auf die Dauer nur funktionieren kann, wenn monetäre Stabilität gewährleistet ist.

Yol.: Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. E. Eucken u. K. P. Hensel, 3. A., Tübingen u. Zürich, passim, bes. aber S. 255 ff; Friedrich A. Hayek, The Constitution of Liberty, London 1960, Kapitel 21; Friedrich A. Lutz, Die Gefahren der schleichenden Inflation, Universitas, 13 (1958), S. 263 ff.

Andere mehr pragmatische Ökonomen — wie Slichter, Vickrey und Bruton<sup>2</sup>) — hingegen behaupten, daß eine ständige kleine Abweichung (etwa 1—3%) von der monetären Stabilität nach oben (schleichende Inflation) als Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden könne.

Alle genannten Autoren — sowohl die Ordnungstheoretiker als auch die Pragmatiker — aber betrachten eine Abweichung von der monetären Stabilität nach unten wegen der damit verbundenen Arbeitslosigkeit als ein zu bekämpfendes Übel.

Wenden wir uns der Kontroverse zu, in der es um die Feststellung geht, ob der marktwirtschaftliche Abstimmungsmechanismus (Gleichgewicht) monetärer Stabilität bedarf oder ob er auch mit schleichender Inflation vereinbar ist und ob schleichende Inflation in bezug Wachstum nicht sogar positiver beurteilt werden muß als monetäre Stabilität. Diese Kontroverse ist nicht rein akademisch sondern hat auch Eingang in die praktische Wirtschaftspolitik gefunden. In Südamerika haben sich oppositionelle Gruppen herausgebildet: die Monetaristen3) und die Strukturalisten4). Während die Monetaristen die Auffassung vertreten, daß der marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismus durch Inflation außer Kraft gesetzt werde und eine eventuell ausgelöste Erhöhung der Ausbringung nur kurzfristiger Natur sein könne, da die durch zusätzliches Geld finanzierten Investitionen fehlorientiert seien, sind die Strukturalisten der Meinung, daß durch Inflation - gegenüber einem Zustand der Währungsstabilität - die Ausbringung auch langfristig erheblich gesteigert werden könne.

Die Vorstellungen der Strukturalisten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

—Ohne die Bereitstellung zusätzlichen Geldes muß darauf geachtet werden, daß die beabsichtigten Investitionen die freiwilligen Ersparnisse nicht übertreffen. Sind die Investitionen im Vergleich zu den Ersparnissen zu hoch und versuchen die monetären Instanzen, das richtige Verhältnis zwischen Sparen und Investieren durch Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums wiederherzustellen, dann müssen sie vorwiegend auf die Investitionen einwirken, weil sie zur Beeinflussung der Ersparnisse kaum eine Möglichkeit haben. Indem aber die Investitionen gedrosselt

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>) Vgl.: Sumner H. Slichter, How Bad is Inflation?, Harpers Magazin, August 1952; William Vickrey, Stability Through Inflation, in: Post Keynesian Economics, ed. by K. Kurihara, New Brunswick 1954, S. 89 ff; J. J. Bruton, Inflation in a Growing Economy, Annual Lectures by Visiting Professor of Monetary Economics 1960/61, University of Bombay, Bombay 1961, S. 57.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Vgl.: E. M. Bernstein and I. G. Patel, Inflation in Relation to Economic Development, IMF Staff Papers, 3 (1952), S. 363 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>) Vgl.: Dudley Seers, A Theory of Inflation and Growth in Under-Developed Economies, Based on the Experience of Latin America, Oxford Economic Papers, 14 (1962), S. 173 ff.

werden, nimmt die Zuwachsrate des Einkommens Schaden, so daß geldpolitische Abstinenz im Hinblick auf ein größtmögliches wirtschaftliches Wachstum befürwortet wird.

- —Werden keine monetären Kontrollen angewandt, d. h. kommt es zur Inflation, dann senkt sich außerdem auch der Realzins unter Umständen sogar auf oder unter Null und führt zu einer Erhöhung der Investitionen und des Wachstums<sup>5</sup>).
- -Ein weiterer Vorteil einer ständigen leichten Preissteigerung wird in der dem realen Angebot vorauseilenden monetären Nachfrage gesehen, wodurch gewissermaßen ein "Treibhausklima" für Investitionen geschaffen wird, da die Gewinne auf Grund der gestiegenen Preise die Investitionsneigung erhöhen.

Auf den ersten Blick ist diese Argumentation einleuchtend. Sie setzt allerdings stillschweigend voraus, daß erstens die Investitionsneigung gewünschtem Umfang vorhanden ist (was auf Grund der beschriebenen günstigen Zins- und Preisentwicklung unterstellt werden soll) und zweitens daß die Durchführung zusätzlicher Investitionen auch eine Erhöhung der gesamten Investitionen in der Volkswirtschaft und damit eine Beschleunigung des Wachstums bedeutet. Dazu ist erforderlich, daß komplementäre Faktoren für die zusätzlichen Finanzierungsmittel brachliegen. — Ist das nicht der Fall, lassen sich weitere Investitionen nur durchführen, indem die knappen Produktionsfaktoren aus anderen Verwendungen abgezogen werden, so daß der Angebotszuwachs auf der einen Seite durch einen Angebotsrückgang auf der anderen ganz oder teilweise kompensiert wird. Die Argumentation der Strukturalisten darf deshalb nicht einfach aus der Zeit der Unterbeschäftigung - einer Zeit, in der eine säkulare Stagnation und ein Schwinden der Investitionsneigung erwartet wurde') - auf eine vollbeschäftigte Wirtschaft übertragen werden.

Bei einer angespannten Arbeitsmarktlage — um das Beispiel der Bundesrepublik zu nehmen — müssen zusätzlich benötigte Arbeitskräfte aus anderen Beschäftigungen wegkonkurriert werden, so daß dort die Produktion sinkt und der zu erwartende Nettoeffekt für das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens mit Hilfe der Finanzierung der Investitionen durch zusätzliches Geld gering sein dürfte. Nur wenn die Mittel zur Investitionsfinanzierung in der Volkswirtschaft den einzigen Engpaß darstellen, wäre in Analogie zur Keynesschen Beschäftigungspolitik eine Erweiterung der Geld-

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup>) Diese Anwendung der 'These vom sanften Tod des Rentners' durch Inflation findet sich auch als ein Element in einigen Wachstumsmodellen. — Vgl. z. B.: Nicholas Kaldor, Economic Growth and the Problem of Inflation, Part II, Economica, 26 (1959), S. 287 ff.

<sup>9)</sup> Vgl.: A. H. Hansen, Economic Progress and Declining Population Growth, The American Economic Review, 29 (1939), S. 1 ff.

menge für das Wachstum positiv zu beurteilen und die Hoffnung der Inflationsoptimisten in bezug auf eine Beschleunigung des Wachstums als gerechtfertigt anzusehen.

Wenn aber mit einer nennenswerten Beschleunigung des Wachstums nicht zu rechnen ist, dann fallen die Nachteile einer Defizitsinanzierung, die die Strukturalisten völlig unerwähnt lassen, die aber von den Monetaristen in den Mittelpunkt ihrer Analyse gerückt werden, besonders ins Gewicht<sup>7</sup>):

-Die nicht durch Geldschöpfung bereitgestellten Finanzierungsmittel für heimische Investitionsvorhaben werden verringert:

Es erfolgt ein Rückgang der Ersparnisse, ein Transfer von Kapital ins Ausland und eine Abschreckung ausländischer Kapitalanleger.

- —Die Inflation beeinträchtigt den rationalen Einsatz der Produktionsfaktoren und macht eine exakte Wirtschaftsrechnung unmöglich. Ein einfaches Beispiel mag das illustrieren: Ein Unternehmer schafft 1965 eine Maschine zu 200.000,- DM an, deren Lebensdauer 5 Jahre beträgt. Lineare Abschreibung vorausgesetzt, schreibt er jedes Jahr 40.000,— DM ab. Bis 1970 steigen die Preise im Durchschnitt um 4%, so daß die auf den Anschaffungswert abgeschriebenen Beträge von insgesamt 200,000.— DM nicht ausreichen werden, um die Wiederbeschaffung der Maschine, die inzwischen rd. 243.000,- DM kosten würde, zu ermöglichen. Die Abschreibungen sind zu niedrig, und die Gewinne erscheinen zu hoch. "Die hohen Nominalgewinne mögen die Unternehmung zu Investierungen veranlassen, die sie bei richtiger Kalkulation nicht vorgenommen hätte. Damit wird Fehlinvestitionen Vorschub geleistet, und zwar vor allem in den Industrien, bei denen die Kapitalkosten pro Einheit des Produkts besonders hoch sind, weil in diesen Industrien mit besonders hohen Abschreibungen sich auch besonders hohe Scheingewinne errechnen<sup>8</sup>)". Dieser Kritikpunkt verliert allerdings an Bedeutung, je besser es dem Unternehmer gelingt, die erwarteten Inflationsraten in seine Kalkulation einzubeziehen.
- -Der bedeutendste Einwand gegen eine Befürwortung der Inflation aber scheint m. E. darin zu liegen, daß monetäre Stabilität und schleichende Inflation keine echte Alternative darstellen. Auf die Dauer gibt es keine schleichende Inflation. Um diese These zu begründen, soll die Inflation

<sup>7)</sup> Vgl.: Hans Besters, Theorien zur wirtschaftlichen Entwicklung in: Entwicklungspolitik, Handbuch und Lexikon, hrsg. von H. Besters u. E. E. Boesch, Stuttgart, Berlin u. Mainz 1966, Sp. 791 ff.

<sup>8)</sup> Friedrich A. Lutz, Die Gefahren der schleichenden Inflation, a. a. O., S. 265.

mit Turvey<sup>9</sup>) als ein Prozeß definiert werden, der sich aus dem Versuch verschiedener Einkommensgruppen ergibt, ihre Realeinkommen, ihre realen Ausgaben und/oder ihre reale Produktion auf ein Niveau zu erhöhen bzw. auf einem Niveau zu stabilisieren, das — real gesehen — unmöglich zu verwirklichen ist. Versucht nämlich z. B. eine Gruppe, ihr Realeinkommen über eine Anderung der Einkommensverteilung zu erhöhen, so geht das nur auf Kosten einer anderen Gruppe. Bemüht sich die betreffende Gruppe — wie es die Regel ist —, ihr einmal erreichtes Realeinkommensniveau aufrechtzuerhalten, dann resultiert daraus Inflation. Solange die reale Ausbringung nicht so ausgedehnt werden kann, daß sich alle Erwartungen hinsichtlich der Höhe des Realeinkommens erfüllen, müssen die Preise steigen.

Erkennt man aber den Wettbewerb um die Erhöhung oder Aufrechterhaltung der Realeinkommen als das Wesen der Inflation an, dann wird leicht verständlich, daß sich die Inflation zwangsläufig beschleunigen muß; denn der Erfolg einer Gruppe bei der Erreichung ihres Zieles hängt von den Reaktionen anderer Gruppen ab. Nach relativ kurzer Zeit stellt sich heraus, daß andere Gruppen Realeinkommeneinbußen nicht hinnehmen. So kann der Versuch, eine Einkommenserhöhung zu erzielen, nur von Erfolg sein, wenn die zu erwartenden Reaktionen der betroffenen Gruppen bereits einkalkuliert worden sind.

Ein Beispiel soll das verdeutlichen: Die Unternehmer erwarten Preissteigerungen von 2-3% im Jahr. Die in Aussicht stehenden Gewinnerhöhungen induzieren zunächst u. U. Mehrinvestitionen. Die von den Preissteigerungen betroffenen Gruppen, für die hier die Gewerkschaften bzw. die Arbeitnehmer stehen sollen, setzen sich aber gegen eine Senkung ihres Realeinkommens zur Wehr und ziehen mit Lohnforderungen nach, so daß sich der erwartete zusätzliche Gewinn der Unternehmer nicht realisieren läßt. Wissen die Unternehmer, daß die Gewerkschaften auf Preiserhöhungen sofort mit entsprechenden Lohnforderungen antworten, dann ist der geschilderte Investitionsanreiz einer 2-3% igen Preissteigerung dahin. Die Anreizfunktion würde nur noch erfüllt, wenn die Preise in den nächsten Jahren um etwa 5% steigen würden, während die Gewerkschaften - sich an den Preissteigerungen des Vorjahres orientierend - nur 3%ige Lohnerhöhungen verlangen. Im nächsten Jahr werden sie dann allerdings 5% fordern, und um den gewünschten Investitionsanreiz zu schaffen, müßten noch höhere Preissteigerungen erfolgen.

Y Vgl.: Ralph Turvey, Some Aspects of the Theory of Inflation in a Closed Economy, The Economic Journal, 61 (1951), S. 534 f.—

... inflation is the process resulting from competition in attempting to maintain total real income, total real expenditure and/or total output at a level which has become physically impossible or in attempting to increase any of them to a level which is physically impossible."

Es zeigt sich also, daß die beabsichtigten Wirkungen der Inflation nur dann zum Tragen kommen können, wenn die anderen Einkommensgruppen sie entweder passiv hinnehmen oder wenn die Rate der Preissteigerung dauernd erhöht wird. Da der erste Fall als unrealistisch angesehen werden kann, erhellt, daß eine schleichende Inflation notwendigerweise in eine galoppierende Inflation ausmünden muß.

Ein Vergleich der Erhöhungen der Verbraucherpreise in den EWG-Ländern aus der Zeit von 1958 bis 1963 mit den Erhöhungen aus den Jahren 1963 bis 1965 zeigt deutlich, wie sich die Inflationsraten im Laufe der Entwicklung beschleunigt haben. Der ungewogene Durchschnitt der Verbraucherpreisindizes der sechs Länder betrug für 1958 bis 1963 2,57 % pro Jahr und lag 1963 bis 1965 bereits bei 4,07 % pro Jahr<sup>10</sup>).

#### III. Tendenzen zur monetären Instabilität

Wird die monetäre Stabilität als ein erstrebenswertes Ziel angesehen, dann stellt sich als nächstes die Frage, ob sie sich innerhalb der marktwirtschaftlichen, gesetzlich gesicherten Ordnung automatisch einstellt. Dazu wäre nötig, daß jede monetäre Veränderung nur nach Maßgabe güterwirtschaftlicher Veränderungen vor sich ginge: Die private Konsum- und Investitionsnachfrage (NaCpr; NaIpr), die Ausgaben des Staates (ASt) und der Export (X) dürften nicht größer und nicht kleiner sein als die vorhandene Gütermenge, also das private und staatliche Konsum- und Investitionsgüterangebot (AnC; AnI) und der Import (M).

$$\begin{vmatrix}
NaCpr \\
NaIpr \\
ASt \\
X
\end{vmatrix} = \begin{cases}
AnC \\
AnI \\
M
\end{cases}$$

Erfolgt die qualitative Abstimmung dieser einzelnen Größen — also die Abstimmung zwischen Konsumgüternachfrage nach und -angebot an einzelnen Produkten oder Investitionsgüternachfrage nach und -angebot an einzelnen Produktionsmitteln — mit Hilfe eines funktionsfähigen Wettbewerbsmechanismus, so gilt das nicht auch für die quantitative Abstimmung von Angebots- und Nachfragegrößen insgesamt. Hier besteht keine Automatik. Die monetären Instanzen hätten jedoch durchaus die Möglichkeit, eine solche Automatik durch eine gewissenhafte Währungspolitik zu ersetzen, wenn nicht bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft aus machtpolitischen oder institutionellen Gründen anders als nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert wären. Wo nicht das Spiel von Angebot und Nachfrage

<sup>10)</sup> Errechnet aus: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Allgemeines Statistisches Bulletin, 6 (1966).

zum Ausgleich der widerstreitenden Interessen zum Zuge kommt oder sich nicht frei von machtpolitischen Einflüssen gestaltet, haben die monetären Größen die Tendenz, sich selbständig zu entwickeln und die entsprechenden realen Größen zu übersteigen oder auch hinter ihnen zurückzubleiben. Diese Tendenz besteht, ohne daß die für die Sicherung der Währungsstabilität zuständigen Behörden — in erster Linie die Notenbank — in der Lage wären, das Auseinanderklaffen dieser Größen wirkungsvoll zu verhindern.

Dabei handelt es sich im einzelnen in Übereinstimmung mit den vier genannten monetären Komponenten — NaCpr, NaIpr, ASt, X um folgende Tendenzen:

#### 1. Lohnentwicklung")

In fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit Vollbeschäftigung und starken Gewerkschaften zeigen die Nominallöhne die Tendenz, die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft zu übersteigen. Dieser Trend läßt sich an der Gegenüberstellung des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde und der Stundenlöhne im industriellen Bereich ablesen. Dabei ergibt sich in der Zeit von 1958 bis 1964 für die Bundesrepublik eine annähernd 2% jährliche Differenz zugunsten der Stundenlöhne<sup>12</sup>). Hierbei ist vor allem noch zu beachten, daß die Industrie im Vergleich zum Agrar- und insbesondere zum Dienstleistungssektor relativ hohe Produktivitätsfortschritte aufweist, so daß die Nominallöhne hinter den Produktivitätsraten dieses Sektors zurückbleiben müßten, um Währungsstabilität zu erhalten, da sich Lohnerhöhungen in kaum minder starkem Maße auf alle Bereiche, also auch auf die mit geringen Produktivitätsraten, ausbreiten.

Diese Tendenz der über die durchschnittliche Produktivität in der Volks-wirtschaft hinaussteigenden Löhne — insbesondere auf Grund des Ausbreitungseffektes der Lohnsteigerungen — wird noch durch strukturell, konjunkturell und verteilungspolitisch verursachte Faktoren, die den Produktivitätsfortschritt überfordern, verstärkt<sup>13</sup>).

-Eine strukturelle Ursache besteht deshalb, weil die Preise und insbesondere die Löhne eine einseitige Flexibilität aufweisen, d. h. mit sich erhöhender Nachfrage steigen, aber nicht mit rückläufiger Nachfrage sinken<sup>14</sup>). Daraus folgt, daß bei Nachfrageumschichtungen die Produkte im Preis steigen, denen sich die Nachfrage zuwendet, während die Preise der Güter, von

<sup>&</sup>quot;) Die Behandlung der Lohnentwicklung anstelle der privaten Nachfrage nach Konsumgütern rechtfertigt sich deshalb, weil der Lohn innerhalb der Einkommen die wichtigste Determinante des privaten Konsums darstellt.

Errechnet aus: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1965, S. 254 und 505.
 Vgl.: Carl Föhl, Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Tübingen 1960, S. 147 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup>) Vgl.: Charles Schultze, Recent Inflation in the United States, Study Paper No. 1 in Joint Economic Committee, Washington 1959.

denen sie sich abwendet, nicht sinken. Dieser Typ der Inflation läßt sich im Gegensatz zu der bisher behandelten Kosteninflation als sektorale Nachfrageinflation oder Inflation auf Grund von Nachfrageverschiebungen bezeichnen.

—Die konjunkturelle Ursache kommt — von gelegentlichen Engpässen abgesehen — in Zeiten der Überbeschäftigung zur Geltung. Die Konkurrenz der Unternehmer um die knappen Arbeitskräfte macht sich in höheren Lohnangeboten bemerkbar. Arbeitskräfte sind nicht mehr verfügbar und müssen mittels höherer Löhne zum Arbeitsplatzwechsel bewogen werden. Übertarifliche Lohnzuschläge, die bei Ausschöpfung oder Überschreitung des real möglichen Spielraums durch die Gewerkschaften leicht über die Produktivitätsentwicklung hinausgehen können, müssen gezahlt werden (offensive Lohnpolitik).

Die Furcht vor Abwerbung der Arbeitskräfte zwingt die Unternehmer außerdem zu übertariflichen Lohnzuschlägen an die eigene Belegschaft (defensive Lohnpolitik).

Verstärkt wird diese Entwicklung noch dadurch, daß die Unternehmer in der Hochkonjunktur eine Hortung von Arbeitskräften betreiben, d. h. daß sie Arbeitskräfte, deren Produktivität im Augenblick gering ist, nicht entlassen, um infolge des Engpasses auf dem Arbeitsmarkt genügend große Reserven für die Zukunft des Betriebes zu bilden. Das Ausmaß dieser Hortung wird vom 'ministry of labour' in Großbritannien mit 10 bis 15 % beziffert 15).

—Schließlich beruht die verteilungspolitisch bedingte Ursache auf einer günstigen Konstellation von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, die den Gewerkschaften Gelegenheit gibt, bewußt höhere Löhne als die durchschnittliche Produktivität in der Volkswirtschaft zu fordern; zum einen um eine Verschlechterung des Lebenshaltungskostenindex zu kompensieren (defensive Lohnpolitik), zum anderen, um den Arbeitnehmern einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu sichern (offensive Lohnpolitik)<sup>16</sup>).

Insgesamt-läßt sich sagen: "Nach erreichter Vollbeschäftigung wird . . . die Position der Gewerkschaften gestärkt, weil Rückwirkungen auf die Beschäftigungslage nicht zu erwarten sind oder in Kauf genommen werden können,

<sup>15) &</sup>quot;10 – 15 % more manpower is being employed than is really necessary to maintain present output" – Ministery of Labour, The Efficient Use of Manpower, Conference papers, Stratford, 3. – 5. Mārz 1966.

<sup>16)</sup> Am Rande sei vermerkt, daß das Bemühen um die Durchsetzung des Investivlohns einen Versuch darstellt, die in verteilungspolitischer Hinsicht von den Sozialpartnern als berechtigt angesehenen, die Produktivität übersteigenden Lohnforderungen mit der monetären Stabilität in Einklang zu bringen.

der Widerstand der Arbeitgeber gegen Lohnerhöhungen dagegen wesentlich geschwächt, weil Arbeiter nicht mehr verfügbar sind und von anderen Arbeitsplätzen wegkonkurriert werden müssen<sup>17</sup>)."

Diese Tendenz der Löhne, über die durchschnittliche Produktivität zu steigen, wird sich in allgemeinen Preiserhöhungen niederschlagen, wenn die dafür benötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und wenn nicht eine kompensatorische Bewegung eines anderen (oder mehrerer anderer) Bestandteile der effektiven Nachfrage erfolgt.

#### 2. Investitionsentwicklung

Ein Auseinanderklaffen von Investitionsnachfrage und Sparangebot wurde lange Zeit für unmöglich gehalten. Der Zins - so wurde angenommen besorge den Ausgleich zwischen Sparen und Investieren und stimme damit die Nachfrage nach Investitionsmitteln auf das Angebot ab. Später erkannte man jedoch, daß der Zins seine Lenkungsfunktion für Angebot und Nachfrage nach Investitionsmitteln verloren hatte. Heute läßt sich sagen, daß der größte Teil der Investitionen sich nicht nach dem Zins richtet, sondern in erster Linie nach der Entwicklung der Konsumgüternachfrage. Ebenso fällt es schwer, innerhalb eines normalen Bereichs der Zinsentwicklung (beispielsweise zwischen 2 bis 8 % von einer Zinsabhängigkeit des Sparangebots zu sprechen. Aus diesem Grunde ist es möglich, daß sich die monetäre Größe der Investitionsnachfrage unabhängig von der realen Größe, also dem Sparangebot, verändert, und zwar wird die Investition die Ersparnisse wahrscheinlich dann übersteigen, wenn die Nachfrage nach Konsumgütern für die Unternehmer eine günstige Preis- und Gewinngestaltung erwarten läßt. Ein solcher Wachstumsimpuls wird aber - wie schon angedeutet - nur dann von Dauer sein können, wenn die in der Hochkonjunktur günstige Gewinnsituation nicht durch die Kostenentwicklung zum Verschwinden gebracht wird.

Neben die nachfrageinduzierten Investitionen treten in einem mit der Dauer des Booms ansteigenden Maße solche Investitionen, die durch den Engpaß auf dem Arbeitsmarkt hervorgerufen werden. Je knapper die Arbeit wird, desto mehr ist die Produktionsausdehnung auf arbeitssparende Investitionen angewiesen, so daß die Investitionen insgesamt in der Prosperität die Tendenz haben, über die Ersparnisse hinaus zu wachsen.

#### 3. Entwicklung der Staatsausgaben

Bei den Staatsausgaben zeichnet sich über Jahrzehnte hinweg ein eindeutiger Trend ab, nämlich eine ständig stärkere Zunahme der Staatsausgaben im

<sup>17)</sup> Hans Besters, Wird die Wirtschaftspolitik überfordert?, Politisch-Soziale Korrespondenz, 6 (1957), Heft 17, S. 8 f.

Vergleich zur Erhöhung des Sozialprodukts. Dies ist eine Erscheinung, die schon A. Wagner in seinem "Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeiten"<sup>18</sup>) vorhergesehen hat. Vier Gründe lassen sich im wesentlichen für dieses Phänomen anführen:

- —Der Strukturwandel des Staatés vom "Nachtwächterstaat" klassischer Prägung bis hin zum modernen Wohlfahrtsstaat bedingt eine ständige Erweiterung und Vertiefung des ihm übertragenen Aufgabenbereichs und damit eine fortlaufende Erhöhung seiner Ausgaben.
- —Die Interessenverbände jeglicher Art, die versuchen, vor allem durch Beeinflussung der politischen Parteien ihre Wünsche im Staatshaushalt durchzusetzen, werden immer stärker und erzwingen Ausgabenerhöhungen.
- —Die Staatsaufgaben weisen in erheblich geringerem Umfang Möglichkeiten zur Rationalisierung auf als die Produktion der Privatwirtschaft. Die Rechtsprechung und die Aufrechterhaltung der Sicherheit beispielsweise lassen sich nicht so leicht rationalisieren wie die Herstellung industrieller Massenprodukte. Das bedeutet aber, daß zu einer Verdoppelung des Erfolgs im Staatssektor sehr viel höhere Ausgaben nötig sind als im privaten Bereich, so daß aus diesem Grund eine Tendenz zu hohen Ansprüchen an das Sozialprodukt zu erwarten ist.
- —Außerdem gilt im statlichen Sektor die Irreversibilität aller Maßnahmen ganz besonders. Das beweist die Entwicklung der Staatsausgaben nach den Weltkriegen. Während der Kriege machten die Ausgaben aus leicht erklärbaren Gründen einen gewaltigen Sprung nach oben. In der Nachkriegszeit sank das Niveau jedoch nicht wieder ab, sondern das Wachstum ging von dem einmal erreichten Plafond aus weiter, wenngleich sich auch die Ausgaben in ihrer Struktur verlagerten.

#### 4. Entwicklung der Nachfrage des Auslands

Im außenwirtschaftlichen Bereich besteht immer dann die Gefahr einer Auseinanderentwicklung der Nachfrage- und Angebotsgrößen, wenn bei festem Wechselkurs nur einige Länder die Forderung nach monetärer Stabilität ernst nehmen, andere hingegen monetäre Einflüsse auf ihren Wirtschaftsablauf dulden oder gar fördern. Liegen die Preise im Ausland höher als im Inland, werden die Exporte die Importe übersteigen und umgekehrt.

Durch Heranziehung der mittelbaren und unmittelbaren Preiseffekte lassen

Vgl.: Fritz Terhalle, Ausgaben, öffentliche, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften,
 Bd., Stuttgart, Tübingen u. Göttingen 1956, S. 441 ff.

sich die höheren Inflationsraten des Auslandes als ein konjunkturüberhitzender Impuls auf das Inland erklären.

Mittelbare Preiseffekte wirken sich insofern aus, als ein Überschuß der Exporte über die Importe eintreten wird. Ein solcher Überschuß ist gleichbedeutend mit einem Überschuß des Volkseinkommens (Y) über das verfügbare Sozialprodukt (Q):

$$\begin{split} X &= C_{inl} + I_{inl} + X \\ Q &= C_{inl} + I_{inl} + M \end{split}$$

Daraus folgt:

$$X - M = Y - Q$$

Diese Diskrepanz zwischen Einkommens- und Sozialproduktentwicklung ist auf eine Verringerung des im Inland zur Verfügung stehenden Güterangebots zurückzuführen. Sie wirkt inflatorisch, wenn die Einkommensempfänger im Inland ihre Nachfrage nicht entsprechend dem Güterabfluß drosseln, so daß

$$S > I_{in1} + X - M$$

Damit ist die inflatorische Wirkung des Exportüberschusses aber noch nicht erschöpft. Die Exporteure erhalten aus dem Verkauf ihrer Güter im Ausland von ausländischen Notenbanken geschaffenes Geld, das sie im Zentralbanksystem auf der Basis der herrschenden Wechselkurse in heimische Währung umtauschen.

Ob diese Ausweitung der inländischen Geldmenge neben der Verminderung des heimischen Güterangebots inflatorisch wirkt, bedarf noch näherer Ausführungen. Die quantitätstheoretische Betrachtung muß insofern verfeinert werden, als die Ausweitung der Geldmenge daraufhin betrachtet werden muß, ob sie nachfragewirksam wird oder nicht. Erst eine nachfragewirksame Erhöhung der Geldmenge wirkt inflatorisch. Zur Klärung dieser Frage lassen sich mit Erfolg die unmittelbaren Preiseffekte heranziehen, die von Stützel — allerdings in verabsolutierter Form — in den Mittelpunkt seiner Analyse der importierten Inflation gerückt worden sind 19).

Auf Grund der günstigen Exporterlöse (höhere Preise als im Inland) sind die Exporteure in der Lage, bei einer angespannten Arbeitsmarktlage im Wettbewerb um Arbeitskräfte höhere Löhne zu bieten und auch höhere Preise an ihre Vorlieferanten zu zahlen.

Zudem begünstigen hohe Gewinne im Exportsektor die Investitionsneigung der Exporteure. Unter Einbeziehung der unmittelbaren Preiseffekte kann

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup>) Vgl.: Wolfgang Stützel, Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, Beihefte der Konjunkturpolitik, 7 (1960), S. 10 ff.

deshalb davon ausgegangen werden, daß die zusätzlichen Gewinne der Exporteure auch verausgabt werden und daß unter den vereinfachten Annahmen eines gleichbleibenden, im Inland erstellten und verfügbaren Sozialprodukts die konjunkturelle Überhitzung somit nicht nur von einer Einschränkung des Gütervolumens, sondern auch von einer Ausdehnung der inländischen Geldmenge zu erwarten ist.

Diese von der Geldmengenerhöhung ausgehende Wirkung wird gemildert, wenn das vom Inland erstellte Sozialprodukt wächst und der Exportüberschuß auf Grund der Preiserhöhung im Gefolge der Einschränkung des Gütervolumens abnimmt.

# IV. Verankerung der monetären Stabilität in der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik

Sind die Tendenzen zur monetären Instabilität bekannt und besteht die Absicht, ihnen entgegenzuwirken, so stellt sich als nächstes die Frage: Wie kann eine Volkswirtschaft — z. B. die Bundesrepublik — mit dieser Entwicklung fertig werden? Welche Möglichkeiten sind ihr im Rahmen der konkreten Wirtschaftsverfassung gegeben? Von den aufgezeigten Tendenzen ausgehend ist in diesem Zusammenhang zu untersuchen, inwieweit Lohnpolitik, Finanzpolitik, Außenwirtschaftspolitik und Geldpolitik auf Grund ihrer verfassungsmäßigen Verankerung<sup>20</sup>) in der Lage sind, einen Beitrag zur Sicherung der monetären Stabilität zu leisten.

#### 1. Lohnpolitik

Die Lohnpolitik liegt im Gegensatz zum 19. Jahrhundert, in dem der individuelle Arbeitsvertrag vorherrschte, heute weitgehend in den Händen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (Sozialpartner), deren Tätigkeit durch die in Artikel 9, Abs. 3, des Grundgesetzes angesprochene Koalitionsfreiheit und durch das der Sache nach darauf aufbauende Tarifvertragsgesetz von 1949 gewährleistet wird.

Die Sozialpartner sind beinahe uneingeschränkt für die Aushandlung von Löhnen und ihre Festlegung in Tarifverträgen zuständig. Sie können ihren Forderungen sogar durch Aussperrung und Streik Nachdruck verleihen, obwohl diese Maßnahmen weder direkt im Grundgesetz noch in einem Sondergesetz verankert sind (von einigen Länderverfassungen abgesehen).

Heinz Lampert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 2. A., München u. Wien 1966.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup>) Die im folgenden erwähnten Gesetze als Bestandteile der konkreten Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik sind in den für dieses Thema relevanten Passagen erläutert in: Otto Model, Staatsbürgertaschenbuch, 6. A., München u. Berlin 1965;

In diese Lohnverhandlungen kann der Staat als wichtigster Träger der Wirtschaftspolitik nur eingreifen, wenn er aufgerufen wird, als Schlichter eine ohne seine Hilfe nicht zu erreichende Einigung herbeizuführen. Dabei kann er sowohl als Vermittler tätig werden, als auch bei mangelnder Einigung einen Schiedsspruch fällen. Die Tarifpartner sind aber an einen solchen Schiedsspruch nur gebunden, wenn sie ihn akzeptieren<sup>21</sup>).

Von grundlegender Bedeutung ist aber wohl, daß es im Rahmen der Lohnpolitik nicht die geringste Möglichkeit gibt — es sei denn durch Überredung
(z. B. zur Teilnahme an einer konzertierten Aktion) —, eine Lohnentwicklung zu gewährleisten, die die monetäre Stabilität nicht überfordert.

"Die gegenwärtige Regelung des Tarifvertragswesens entbehrt eines Regulativs, das sicherstellt, daß die Forderungen der Gewerkschaften und die Konzessionen der Arbeitgeber an die Grenzen anpassen und sich innerhalb der Grenzen bewegen, die einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen von der wirtschaftlichen Lage her gesetzt sind<sup>22</sup>)."

Insbesondere wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber gleiche Interessen verfolgen, also gleichermaßen an hohen Preisen interessiert sind, steht eine solche, für die monetäre Stabilität ungünstige Entwicklung zu erwarten.

#### 2. Finanzpolitik

Auf dem Gebiet der Finanzpolitik hat bisher - von der geplanten Neuregelung im Konjunkturrahmengesetz abgesehen - die monetäre Stabilität als Ziel keine Rolle gespielt. Man muß sogar sagen: Die öffentliche Hand hat sich in bezug auf dieses Ziel nicht einmal neutral verhalten, sondern die monetäre Instabilität gefördert, obwohl man von ihr als wichtigem Träger der Wirtschaftspolitik eine Respektierung der von ihr selbst proklamierten Ziele erwarten könnte. Es fehlt allerdings auch eine verfassungsmäßige Verankerung der monetären Stabilität im Finanzwesen. Die einzigen Bestimmungen, die dem Staat eine gewisse Rücksichtnahme auf monetäre Stabilität nahelegen, sind Artikel 115 des Grundgesetzes und Artikel 20 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank. Im Grundgesetz heißt es, daß der Staat nur bei außerordentlichem Bedarf, bei Ausgaben für werbende Zwecke und auf Grund eines Gesetzes berechtigt ist, seine Ausgaben durch Kredit zu finanzieren, und das Gesetz über die Deutsche Bundesbank legt einen Kreditplafonds für Kassenkredite des Bundes (3 Mrd. DM) und der Länder (20,- DM pro Einwohner) fest, wobei auch die im Offen-Markt-Geschäft übernommenen Schatzwechsel einbezogen sind.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup>) In einzelnen Ländern jedoch – z.B. in Rheinland-Pfalz – ist auch eine Verbindlichkeitserklärung dieser Schiedssprüche möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup>) Heinz Lampert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland; a. a. O., S. 195.

Daß durch diese Bestimmungen dennoch keine monetäre Stabilität garantiert wird, zeigt die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der BRD: Die Ausgabenerhöhung überstieg bei weitem den Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes und auch die Wachstumsrate, die in den Empfehlungen des EWG-Ministerrats vom April 1964 angegeben worden ist und der die BRD zugestimmt hat.

Auf den ersten Blick scheint es jedoch, daß unter der oben genannten Bedingung der Verweigerung von Notenbankkrediten auch von einem im Vergleich zum realen Bruttosozialprodukt stärker steigenden Ausgabenvolumen des Fiskus keine inflatorischen Wirkungen ausgehen können, weil bei einer Deckung aller öffentlichen Ausgaben durch Steuern oder Anleihen die Steuerpflichtigen oder Anleihezeichner - gezwungenermaßen oder freiwillig - auf die Verwendung entsprechender Einkommensteile verzichten. Der Staat übernähme also in diesem Fall die aus einem Beitrag zum Sozialprodukt resultierenden Ansprüche der Privaten gegenüber dem Sozialprodukt. Dabei handelt es sich um einen Vorgang, der - von Friktionen abgesehen - ohne Preissteigerung zu realisieren ist. Wenn dennoch von dem betreffenden Haushalt eine inflationistische Wirkung ausgeht, so deshalb, weil es dem Staat nicht gelingt, durch Steuern oder Anleihen einen entsprechenden Nachfrageverzicht der Privaten zu erzwingen. Und das war in der Bundesrepublik infolge der günstigen Konjunkturentwicklung der Fall. Zwar löst eine starke Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Staat eine Tendenz der Zinserhöhung aus, aber es ist zu bedenken, daß nicht alle Investitionen zinsabhängig sind und daß eine einsetzende Verknappung der Kapitalmarktmittel nicht unbedingt eine Restriktion der privaten Investitionstätigkeit hervorruft, da geplante Invesitionen keineswegs immer verschoben, sondern häufig aus kurzfristigen Bankkrediten vorfinanziert werden und die Konsolidierung auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wird. "In Zeiten guter Konjunktur . . . [ist es], wenn die Kreditpolitik nicht hart gehandhabt wird, als wahrscheinlich an [zu] sehen, daß die Anleihefinanzierung keine volle Kompensation des inflatorischen Ausgabeeffektes bewirkt23)."

Ebenfalls ist bei einer Zunahme der Besteuerung nicht eine entsprechende Abnahme der Investitionstätigkeit zu erwarten. Die Investitionsneigung wird in erster Linie durch die günstige konjunkturelle Situation bestimmt, und die Investitionsmöglichkeit wird nicht eingeengt, wenn auf Grund der bestehenden hohen Investitionsneigung die Unternehmer zu höherer Verschuldung bereit und die Banken infolge ihres Kreditspielraums zu einer entsprechenden Mittelgewährung in der Lage sind.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup>) Werner Ehrlicher, Geldwert und öffentlicher Haushalt, in: Währung zwischen Politik und Wirtschaft, Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zu Politik und Zeitgeschichte Nr. 4, Stuttgart 1962, S. 92.

Insgesamt liegt folgender Schluß nahe: Steigen bei guter Konjunktur die Ausgaben des Staates stärker als das reale Bruttosozialprodukt, dann wird die Privatwirtschaft im Rahmen eines Anpassungsprozesses versuchen, die Wirkung der überproportional steigenden Ansprüche des Staates durch erhöhte Aufnahme von Krediten abzuwehren.

Neben der irrigen Vorstellung, daß ein ausgeglichener Haushalt schon einen Beitrag zur monetären Stabilität leiste, sind vor allem Schwächen im Verfahren unserer Gesetzgebung dafür verantwortlich, daß die monetäre Stabilität nicht genügend beachtet wird. "Die Geschäftsordnung des Bundestages stellt nicht sicher, daß alle Anträge der Fachausschüsse und des Plenums, die Ausgabenerhöhungen oder Einnahmenminderungen mit sich bringen, den Haushaltsausschuß durchlaufen, ehe sie endgültig verabschiedet werden. Dadurch kann es unterbleiben, daß solche Anträge daraufhin geprüft werden, ob sie mit der Haushaltslage vereinbar sind. Außerdem ist der Haushaltsausschuß nach § 96 der Geschäftsordnung des Bundestages nur verpflichtet zu prüfen, ob die Mehrausgaben des neuen Haushaltsjahres voll gedeckt sind, nicht aber auch die Frage zu behandeln, ob die beschlossenen Mehrausgaben so hohe Folgekosten nach sich ziehen, daß dadurch der Haushaltsausgleich der späteren Jahre gefährdet wird. Auf diese Weise ist die Kurzsichtigkeit des Parlaments geradezu institutionalisiert<sup>24</sup>)."

Gegen Ausgabenerhöhungen hat die Bundesregierung die Möglichkeit, den Artikel 113 Grundgesetz zur Anwendung zu bringen, in dem es heißt: "Beschlüsse des Bundestages, des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung." Die Bundesregierung hat jedoch von der Anwendung dieses Artikels keinen Gebrauch gemacht.

Es zeigt sich also, daß auch von der Finanzpolitik bei der augenblicklichen verfassungsmäßigen Verankerung kein Beitrag zur Sicherung der monetären Stabilität erwartet werden kann.

#### 3. Außenwirtschaftspolitik

Im Bereich der Außenwirtschaftspolitik spielt das Ziel der monetären Stabilität ebenfalls eine untergeordnete Rolle. Einerseits ist güterwirtschaftlich durch das Außenwirtschaftsgesetz von 1961 die Liberalisierung des Außenhandels, die bereits im Rahmen des GATT und der OEEC begonnen wurde, für die BRD verankert worden, während andererseits auf monetärem Gebiet 1959 die Einführung der vollständigen Konvertibilität im Rahmen der EZU bzw. des EWA beschlossen worden ist.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup>) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabilisierung ohne Stagnation, Jahresgutachten 1965/66, Stuttgart u. Mainz 1965, S. 96.

Ausnahmen vom Grundsatz der Außenhandelsfreiheit bilden die §§ 22 und 23 des Außenwirtschaftsgesetzes, in denen Beschränkungen des Kapitalverkehrs im Interesse der Erhaltung der Kaufkraft der D-Mark oder der Gewährleistung des Zahlungsbilanzausgleichs zulässig sind. Davon ist insofern Gebrauch gemacht worden, als der Kauf inländischer Geldmarktpapiere durch Gebietsfremde nicht zugelassen ist. Trotzdem ist im Prinzip die Freiheit des Außenwirtschaftsverkehrs in der BRD gewährleistet.

Dem steht aber gegenüber, daß sich die BRD im Rahmen des Internationalen Währungsfonds, dem sie 1952 beigetreten ist, zu einem Wechselkurssystem verslichtet hat, das Wechselkursänderungen aus Wettbewerbsgründen vermeiden will, das die Wechselkurse nur nach Beratung mit dem Fonds ändert, wenn die Paritätsänderung mehr als 10 % beträgt, und auf gespaltene Wechselkurse verzichtet.

Diese verfassungsmäßige Verankerung von Freihandel und Konvertibilität auf der einen Seite mit festen Wechselkursen auf der anderen würde sich nur dann zum Ausgleich der monetären und realen außenwirtschaftlichen Werte eignen — und somit der Zielsetzung der monetären Stabilität dienen —, wenn alle Länder ihre Währungspolitik aufeinander abstimmen könnten und würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Unterstützt durch ein internationales Kreditsystem sind fundamentale Schuldner- und Gläubigerpositionen entstanden — eine Konstellation, die bedingt, daß die außenwirtschaftliche Verfassung der Erhaltung der monetären Stabilität feindlich gegenübersteht. 4. Geldpolitik.

Die verfassungsmäßige Verankerung der Geldpolitik in ihrer jetzigen Form findet sich im Gesetz über die Deutsche Bundesbank aus dem Jahre 1957. Im Bereich der Geldpolitik steht natürlich die monetäre Stabilität im Mittelpunkt, während sie sowohl in der Lohnpolitik als auch in der Finanz- und Außenwirtschaftspolitik in keiner Weise zu den primär anzustrebenden Zielen gehört.

Nach § 3 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank ist es die Aufgabe der 'Notenbank, mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft zu regeln mit dem Ziel, die Währung zu sichern und für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland zu sorgen.

Folgende Mittel stehen der Bundesbank dafür laut Gesetz zur Verfügung:

—Diskontpolitik (§ 15): Die Zentralbank setzt den Zins für die Rediskontierung von Handelswechseln fest und grenzt das rediskontfähige

# 21. Tagung

Die diesjährige Sommertagung findet

vom 29. Juli bis 7. August 1967 wieder in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee statt.

Thema:

Krisis der Demokratie? -

Noch zu lösende Probleme der demokratischen Gesellschaftsordnung

Die politischen Ereignisse der letzten Monate in der Bundesrepublik veranlassen uns, die Frage zu stellen, ob die parlamentarische Demokratie die Kontinuität der politischen Entwicklung im Sinne des freiheitlichen Rechtsstaates und damit der freien Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet oder nicht.

Jeder, der den Sturz der Regierung Erhard und die Begleitumstände, unter denen sich der Regierungswechsel vollzog, aufmerksam verfolgt hat, mußte sich fragen, ob unsere bis dahin relativ freiheitlich-demokratische Regierungspraxis vor dem Umschlagen in totalitäre Formen institutionell gesichert ist.

Wenn wir heute mit einer gewissen Sorge auf die Krisenhaftigkeit der demokratischen Staatsform blicken, so liegt dies weniger daran, daß wir Zweifel an der Demokratie an sich hegen, sondern vielmehr an der noch immer bestehenden Gefahr, daß durch nicht geklärte Zuständigkeiten der parlamentarischen Mehrheiten die Freiheitlichkeit im gesellschaftlichen Bereich selbst in Frage gestellt wird. Die bisherige Demokratie zeigt noch immer ein janushaftes Gesicht, entsprechend ihrer zweifachen Herkunft aus der liberalen Bewegung — und aus dem Jakobiner(Fortsetzung siehe Rückseite)

Bitte merken Sie sich den Termin jetzt schon vor und machen Sie auch Ihre Freunde auf die Tagung aufmerksam.

9.00 — 10:00 Uhr	Anreise	Hermann Bauer, Ulm Erkénntnistheoretisches Seminar		
			Die Staatsordnung	
10.15 — 12.15 Uhr	Das Tagungsbüro ist		l Behrens, Frankfurt n Hummel, München	Re Ber Ha
ab 10 Uhr geöf	ab 10 Uhr geöffnet	•	Heinz-Peter Neumann, rlin	De: - zu i Dis
		Seminar Die Staatsordnung		Bui
12.30 — 16.00 Uhr				
, •	Eröffnung	Diplom-Volkswirt Herbert Spies, Universität Frankfurt  Seminar über Währung und Währungspolitik		can Vo
16:00 — 17.45 Uhr	Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Eckwälden			Tü
• • • • • • • • • • • • • • • • • • •	Denken und Erkennen als Wesensgrundlage der menschlichen Gemeinschaft	I. Einführung in die Geldtheorie	II. Die Deutsche Bundesbank	"D
18.00 — 20.00 Uhr				
,	Dr. Lothar Vogel, Ulm Sozialanthropologische Betrachtung	Fritz Penserot, Kirn	Referendar Eckhard Behrens, Frankfurt	Ası Ra Mi
, 20.00 Uhr	I. "Ach, warum steht der Tempel nicht am	Die idealtypische,	Der Gedanke der	Mi ein

Sonntag, 30. Juli

Montag, 31. Juli-

Erkenntn

Mi ein dei

zu

**\$02** 

Der Gedanke der

Kultur

Interdepenzen von

Wirtschaft, Staat und

Samstag, 29. Juli

Zeit

Fluß!

Ach, warum ist die Brücke nicht gebaut?"

aus Goethes Märchen

Die idealtypische, freiheitliche Ordnung und die politische Wirklichkeit \*) Interessenten fordern bitte Unterlagen an bei Referendar B. Weismann, 2 Hamburg 19, Vo

Material ein<sup>25</sup>). Ferner legt sie für die einzelnen Kreditinstitute in Anlehnung an Normkontingente, die auf der Grundlage der haftenden Mittel dieser Institute bestimmt worden sind, Rediskontkontingente fest, die nicht oder nur kurzfristig überschritten werden dürfen. Diese Rediskontkontingente werden in gewissem Umfang von dem Zuwachs der Kreditaufnahme im Ausland abhängig gemacht, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Exportwechsel kommen dabei nicht zur Anrechnung.

Damit steckt die Bundesbank praktisch den Rahmen für die Kreditgewährung an die Geschäftsbanken und damit für die Kreditgewährung der Geschäftsbanken an die Privaten ab.

Dieser Spielraum wird ausgedehnt bei einem Abweichen von der monetären Stabilität nach unten, d. h. der Zinssatz wird gesenkt, die Rediskontkontingente erhöht und evtl. die Bedingungen für das rediskontfähige Material gelockert und vice versa.

- —Offen-Markt-Politik (§§ 15, 21): Hierbei handelt es sich um den An- und Verkauf von Wertpapieren am Markt, wobei in erster Linie Staatsschuldverschreibungen, Schatzwechsel und Schatzanweisungen die Manövriermasse der Bundesbank darstellen. In der Depression werden Käufe, in der Prosperität Verkäufe von Wertpapieren getätigt. Dabei werden die Schatzwechsel und -anweisungen de facto diskontiert, wobei der Abzug in der Prosperität hoch und in der Depression gering ist.
- -Mindestreservenpolitik (§ 16): Ein bestimmter Prozentsatz der Einlagen der Kreditinstitute muß auf den Konten der Zentralbank gehalten werden, gestaffelt nach Sicht-, Termin- und Spareinlagen, nach Bank- und Nebenplätzen und nach Gebietsansässigen und -fremden.

Die Mindestreservesätze werden in der Depression gesenkt und somit der Spielraum der Geschäftsbanken für die Kreditvergabe ausgedehnt und vice versa.

Außerdem ist die Bundesbank in der Lage, Richtsätze über das Verhältnis von Ausleihungen und haftenden Mitteln der Bank festzulegen und je nach Konjunkturlage zu verändern.<sup>26</sup>)

Es zeigt sich also, daß nur die Geldpolitik ein verfassungsmäßig verankertes Instrumentarium besitzt, um gegen eine von den realen Größen unabhängige Entwicklung der genannten monetären Werte — Investitionen, Konsum, Aus-

<sup>25)</sup> So werden z. B. Wechsel, die der Zwischenfinanzierung von Bauvorhaben dienen – sog. Bauwechsel – nicht akzeptiert.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup>) Das Instrument der 'moral suasion' ist zwar nicht im Gesetz enthalten, bietet aber eine zusätzliche Einflußmöglichkeit.

gaben des Staates und Nachfrage des Auslands - vorzugehen. Daß sie dabei überfordert ist, soll der nächste Abschnitt zeigen.

#### V. Überforderung der Geldpolitik

Die Feststellung, daß die Geldpolitik allein für die Sicherung der monetären Stabilität zu sorgen hat, läßt vermuten, daß sie dabei überfordert ist. Diese Vermutung soll erhärtet werden durch die Betrachtung der geldpolitischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die vier Nachfragekomponenten.

#### 1. Private Investitionen

Selbst in ihrem engeren Aufgabenbereich, bei Verhinderung einer selbständigen Entwicklung der Investitionsnachfrage, stößt die Geldpolitik, in dem Bestreben, die monetäre Stabilität zu sichern, auf Schwierigkeiten<sup>27</sup>), wenn diese Schwierigkeiten in der Hochkonjunktur auch relativ gering sind im Vergleich zur Depression.

In der Prosperität verknappen sich durch restriktiven Einsatz des notenbankpolitischen Instrumentariums die angebotenen Bankkredite, da die Zinssätze heraufgesetzt, die Mindestreserven erhöht, Offen-Markt-Papiere verkauft werden etc.

—Als Reaktion darauf erfolgt eine Umlenkung bestimmter, nicht für augenblicklichen Konsum vorgesehener Gelder aus der Kasse zu den Ersparnissen, da diese sich besser verzinsen und somit die Kosten der Kassenhaltung steigen<sup>28</sup>). Ein solches Verhalten der Wirtschaft schwächt die von den monetären Instanzen ergriffenen Maßnahmen zur Einschränkung des Geldangebotes allerdings nur ab, denn diesen Ausgleichstendenzen sind durch das Ausmaß der Kassenhaltung Grenzen gesteckt.

Im übrigen ist diese Abschwächung nicht einmal unbedingt negativ zu beurteilen, verleiht sie doch dem System eine Elastizität, die geeignet ist, die harten Maßnahmen, wie Erhöhung der Mindestreservesätze, der Diskontsätze und Verkleinerung der Rediskontkontingente, erheblich zu mildern.

-Eine zweite Reaktion, die den restriktiven Einfluß der Notenbank auf die Geldmenge verringert, ist - wie empirische Untersuchungen aus verschie-

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup>) Hierbei wird die Verklammerung der Konsumnachfrage, der Ausgaben des Staates und der Nachfrage nach Exportgütern mit den entsprechenden realen Größen als Aufgabe der Lohn-, Finanz- und Außenwirtschaftspolitik angesehen, und es soll davon ausgegangen werden, daß nur beim Fehlen entsprechender Bestimmungen in diesen Bereichen die Wirkungsbreite der Geldpolitik auch auf sie ausgedehnt werden muß.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup>) Vgl.: Friedrich A. Lutz, Grenzen der Geldpolitik, in: Geld und Währung, Tübingen 1962, S. 247 ff.

denen Ländern beweisen<sup>29</sup>) — die Ausweitung des Handelskreditvolumens, indem sich die Unternehmer bei restriktiver Geldpolitik gegenseitig in einer Art Selbsthilfe in erhöhtem Umfang Kredit gewähren.

Aber diese Einschränkungen beeinträchtigen die Wirksamkeit der monetären Maßnahmen nicht sonderlich, zumal sie in gewissem Umfang kalkulierbar sind und dementsprechend auch in Rechnung gestellt werden können.

—Ernsterer zu nehmen ist in diesem Zusammenhang eine dritte Reaktion, die sich durch die Möglichkeit der Kreditbanken oder der Privatwirtschaft, sich im Ausland zu günstigeren Bedingungen als im Inland zu verschulden, realisieren läßt.

#### 2. Privater Konsum

Aber nicht nur die Sicherung der Stabilität von der Investitionsseite, sondern auch von der Konsumseite her obliegt — wie schon angedeutet — der Geldpolitik stellvertretend für die Lohnpolitik. Zwar ist unbestritten, daß von der Lohnpolitik allein die Stabilität des Preisniveaus nicht gefährdet werden kann<sup>30</sup>), da die Geldschaffungsmöglichkeit — vom Ausland abgesehen — ausschließlich bei der Notenbank und den Kreditbanken liegt. Dennoch erwachsen der monetären Stabilität von der Lohnseite her große Gefahren.

Wir haben gesehen, daß die monetäre Entwicklung im Lohnsektor die Tendenz hat, sich zu verselbständigen. Wenn die Notenbank versucht, Inflation zu verhindern, indem sie die über die durchschnittliche Arbeitsproduktivität hinausgehenden Löhne nicht durch eine Ausweitung der Geldmenge finanziert, kommt es, wenn die Gewerkschaften entschlossen sind, die einmal erreichte Lohnhöhe aufrechtzuerhalten und die Unternehmer Gewinneinbußen nicht hinnehmen, in den Bereichen mit relativ elastischer Nachfrage zu Arbeitslosigkeit. Obgleich auch dieser Vorgang Anlaß zu verstärktem Maschineneinsatz und zur Rationalisierung gibt und damit die Diskrepanz zwischen Nominallöhnen und Produktivität durch Steigerung der letzteren verringert, entsteht dennoch ein starker Druck auf die Zentralbank, die Geldmenge auszuweiten, und zwar zum einen durch die wachsende Arbeitslosigkeit und zum anderen durch die verstärkte Kreditnachfrage der Unternehmer infolge des erhöhten Maschineneinsatzes<sup>31</sup>).

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup>) Vgl. z. B.: R. G. Lipsey and F. P. R. Brechling, Trade Credit and Monetary Policy, The Economic Journal, 73 (1963), S. 618 ff.

<sup>30)</sup> Hierbei wird von dem Extremfall abgesehen, in dem die inflatorische Lücke durch Reduktion des Angebots entsteht.

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup>) Vgİ. L. A. Hahn, Autonome Konjunkturpolitik und Wechselkursstabilität, Frankfurt 1957, wiederabgedruckt in: Geld und Kredit, Frankfurt 1960, S. 93 ff.

Das gilt jedoch nur, solange sich die Haltung der Gewerkschaften nicht ändert, d. h. solange die Löhne nach unten hin starr bleiben. Wenn damit gerechnet werden kann, daß die Gewerkschaften auf Grund drohender Arbeitslosigkeit nominale Lohnsenkungen hinnehmen, kann die Notenbank den Forderungen nach Ausweitung der Geldmenge größten Widerstand entgegensetzen.

### 3. Ausgaben des Staates

Nicht nur bei der Verhinderung einer eigenständigen monetären Entwicklung der privaten Investitionen und des privaten Konsums erwachsen der Notenbank Schwierigkeiten, sondern auch aus der Entwicklung der Staatsausgaben. Zwar kann der Staat sich nicht unbegrenzt bei der Notenbank verschulden, aber eine große Verschuldung auf dem Kapitalmarkt beschränkt ebenfalls die Möglichkeit der\_Notenbank, die Tendenz zur Instabilität seitens der öffentlichen Hand voll abzufangen; denn zwischen der privaten und der öffentlichen Schuld besteht ein erheblicher Unterschied<sup>32</sup>). Wenn z. B. auf Grund einer Kreditbeschränkung der Notenbank private Wertpapiere verkauft werden, so sinken die Kurse dieser Papiere mit der Folge, daß die Wertpapierbesitzer von der Veräußerung weiterer Papiere Abstand nehmen werden. Die Bewegung bremst sich also von selbst.

Das ist jedoch anders, wenn in größerem Umfang staatliche Wertpapiere verkauft werden, um Geld zu beschaffen. Die Zentralbank kann jetzt nicht wie bei den privaten Papieren die einsetzende Kurssenkung passiv hinnehmen. Sie muß den Staat unterstützen, damit das Vertrauen in ihn als Schuldner durch-einen Kursrückgang nicht verlorengeht und er bei einer Neuverschuldung nicht zu einer höheren Verzinsung gezwungen wird. "Der Zentralbank wird also u. U. nichts anderes übrigbleiben, als auf dem Wege der Offen-Markt-Politik staatliche Schuldpapiere aufzukaufen, sobald der Kurs unter eine bestimmte Punktzahl abgesunken ist. Das hat aber nun zur Folge, daß das Abstoßen staatlicher Papiere seitens des privaten Publikums nicht zum Stillstand gebracht werden kann. Da nur unwesentliche Kursverluste in Kauf genommen werden müssen, werden die Wertpapierbesitzer, solange sie einen Anlaß sehen, sich Geld zu verschaffen, weiterhin Wertpapiere abstoßen, und die Notenbank muß dazu gute Miene machen und das Geld zur Verfügung stellen33). Auf diese Weise gerät das Ziel der monetären Stabilität in Gefahr.

# 4. Nachfrage des Auslandes

In größere Schwierigkeiten gerät die Geldpolitik aber dann, wenn die Nach-

<sup>32)</sup> Vgl. hierzu besonders: Heinz Haller, Finanzpolitik, 3. A., Tübingen v. Zürich 1965, \$. 201 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>83</sup>) Heinz Haller, Finanzpolitik, a. a. O., S. 202.

frage des Auslandes das ausländische Angebot übersteigt. Sie wird sogar — wie die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der BRD in der Vergangenheit gezeigt hat — bei dem Versuch, monetäre Stabilität zu sichern, vor eine unlösbare Aufgabe gestellt.

Fließen mehr Devisen ins Land als abströmen, weil es beispielsweise auf Grund der niedrigen Preise in diesem Land für Ausländer vorteilhaft erscheint, hier in verstärktem Umfang zu kaufen, kommt es also zu Exportüberschüssen und damit zu ausländischen Geldlieferungen, dann entsteht infolge der Konvertibilität eine Erhöhung des Geldangebots, der monetären Nachfrage und — Vollbeschäftigung vorausgesetzt — der Preise. Diese Tendenz hält an, bis sich die Preisniveaus der handeltreibenden Länder angeglichen haben.

Wird nun die Notenbank restriktiv tätig, d. h. wirkt sie dieser Angleichungstendenz der Preisniveaus entgegen, so wachsen die Exportüberschüsse und die Geldlieferungen aus dem Ausland weiter an. Die Notwendigkeit zur Kontraktion verstärkt sich. Die Geldpolitik gerät in einen circulus vitiosus, in dem sie bald an die Grenzen ihrer restriktiven Möglichkeiten stößt.

Daneben gibt es noch einen zweiten Umstand, der der auf Währungsstabilität bedachten Geldpolitik entgegenarbeitet. Wann immer die Notenbank restriktiv tätig wird, also unter anderem die Zinssätze erhöht, strömen nicht nur in vermehrtem Umfang Geldlieferungen aus dem Warenhandel ins Land, sondern es werden auch, da sich ein Zinsgefälle gegenüber dem Ausland auftut, kurzfristige Gelder angezogen, die den Liquiditätsspielraum der Geschäftsbanken weiter verstärken.

Haben sich in der Bundesrepublik diese Tendenzen auch auf Grund der eigenen Inflationsfreudigkeit abgeschwächt, so tauchen sie natürlich sofort wieder auf, sobald es der Notenbank gelingt, die anderen Quellen der Inflation besser zu verstopfen.

In jüngster Zeit kommt noch ein Phänomen erschwerend hinzu, das sich aus der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergibt: Die Direkt-investitionen des Auslandes³4) zu dem Zwecke, die hohen Außenzollbelastungen der EWG zu umgehen. Der Form nach vollzieht sich dieser Kapitalimport hauptsächlich durch Aktienerwerb sowie durch die Übernahme von GmbH-Anteilen, nicht unerheblich waren aber auch die — ebenfalls zu den Direktinvestitionen zu zählenden — Kreditaufnahmen derjenigen Unternehmen, deren Eigentum ganz oder zu wesentlichen Teilen in ausländischen Händen liegt.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup>) Vgl.: Christian Franck, US-Direktinvestitionen in der EWG, Wirtschaftsdienst, 46 (1966), S. 386 ff.

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, daß einerseits das konjunkturpolitische Instrumentarium wegen seiner Einseitigkeit nicht ausreicht, um die Inflation zu drosseln, während es andererseits aber bei allzu massivem Einsatz zu Friktionen infolge Umschichtungen in den Nachfragekomponenten führt. Es setzt Unbehagen ein, wenn klar wird, daß bei der gegebenen Ausgestaltung des konjunkturpolitischen Instrumentariums die Dämpfung der Konjunktur nahezu ausschließlich über die privaten Investitionen<sup>35</sup>) erfolgen muß, gleichgültig, was immer die Ursachen der Überhitzung sind, ob es sich um eine Fiskalinflation handelt, bei der die Impulse vom Finanzgebaren der öffentlichen Hand ausgehen, um eine importierte Inflation, bei der der Preisauftrieb dem Exportüberschuß anzulasten ist, um eine Kosteninflation, bei der insbesondere exzessive Lohnkosten auf die Preise überwälzt werden oder schließlich um eine Wachstumsinflation, die durch einen Investitionsboom gekennzeichnet ist.

Nur für den letzten Fall bietet die restriktive Geld- und Kreditpolitik, impulskonforme' Maßnahmen. In allen anderen Fällen büßen die Investitionen für die Sünden der übrigen Nachfragekomponenten.

In dieser einseitigen Ausgestaltung der Konjunkturpolitik liegt die große Gefahr, daß zur Eindämmung der inflatorischen Entwicklung die private Investitionstätigkeit vorübergehend stärker beschränkt wird, als es die Wachstumsreserven erlauben würden, da auf diesem Umweg sowohl eine exzessive Lohnentwicklung, ein Defizit im Staatshaushalt und ein positiver Außenbeitrag getroffen werden sollen.

Es erweist sich mithin auf die Dauer als unumgänglich, eine impulskonforme Konjunkturpolitik zu betreiben, um Inflationen beseitigen und Wachstumsstörungen infolge ausgedehnter Nachfrageumschichtung ermeiden zu können.

### VI. Geplante Ergänzungen zur verfassungsmäßigen Verankerung der monetären Stabilität

Die Notwendigkeit, gegen die unzureichende Sicherung der monetären Stabilität und gegen die Überforderung der Geldpolitik vorgehen zu müssen, ist, nachdem bereits der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, die SPD in ihrem wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm und die Kommission für die Finanzreform darauf hingewiesen

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup>) Besonders in der jüngsten Vergangenheit hat sich herausgestellt, daß die öffentlichen Haushalte auf die Verteuerung und Verknappung des Kredits lange Zeit gar nicht oder nur ganz unzureichend reagiert haben, da Rentabilitätsüberlegungen im kaufmännischen Sinne nur ausnahmsweise für öffentliche Investitionen ausschlaggebend sind.

haben, mittlerweile auch von der Bundesregierung erkannt worden, die einen Entwurf für ein "Gesetz zur Föderung der wirtschaftlichen Stabilität"<sup>26</sup>) eingebracht hat.

Kernpunkt dieses Gesetzentwurfs ist es, den Staat ebenso wie die Notenbank zur monetären Stabilität zu verpflichten und auf diese Weise eine Unterstützung der Geldpolitik durch die Finanzpolitik zu erreichen. Damit hat sich die in der Theorie schon in den 30er Jahren vollzogene Abkehr von der Auffassung, daß die Notenbank allein für die Geldversorgung zuständig sei und die Finanzpolitik nur auf die Anpassung der staatlichen Einkünfte an die mehr oder minder starren öffentlichen Ausgaben zu achten habe, auch / in der Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik durchgesetzt. Zwischen Theorie und Praxis klaffen also rd. 30 Jahre — eine durchaus nicht ungewöhnliche zeitliche Diskrepanz.

Inwieweit soll nun dem Gesetzentwurf entsprechend die Finzanzpolitik die Geldpolitik ergänzen?

Eine Globalvorschrift verpflichtet Bund und Länder, ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik so zu betreiben, daß sie zur Wahrung des Geldwertes bei hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen. Das stellt noch keine Neuerung dar; eine ähnliche Vorschrift ist auch im EWG-Vertrag enthalten, und sie kann, da sie unter der gegebenen Konstellation miteinander in Konflikt stehende Ziele aufzählt, nicht allzu ernst genommen werden.

Sodann besteht eine Sollvorschrift, daß der Bund bei einer Konjunkturüberhitzung zusätzliche Schulden bei der Bundesbank zurückzahlen muß oder bei der Notenbank eine Konjunkturausgleichsrücklage zu bilden habe, um insbesondere überschüssige Steuereinnahmen stillzulegen.

Ferner soll der Bundeskanzler bestimmen können, daß der Finanzminister die Bedienung bestimmter Ausgaben verweigern kann, auch wenn sie im Etat veranschlagt sind.

Umgekehrt soll bei Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit die Konjunkturausgleichsrücklage zum Zwecke zusätzlicher Ausgaben aufgelöst werden.

Darüber hinaus können dem Bundesfinanzminister zusätzliche Kredite in Höhe von 10 % des abgelaufenen Haushaltsplanes zur Verfügung gestellt werden.

<sup>34)</sup> Abgedruckt in: Handelsblatt, Nr. 128, 8./9. Juli 1966, S. 4.

Daneben ist eine fünfjährige Finanzplanung für die Einnahmen und Ausgaben des Bundes vorgesehen. Im Rahmen dieser Vorausplanung sollen die einzelnen Ministerien mehrjährige Investitionsprogramme aufstellen.

Die Bundesregierung soll das Recht erhalten, im Falle einer Überforderung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte durch Rechtsverordnungen zu begrenzen, wozu eine Grundgesetzänderung erforderlich ist.

Zusätzlich ist vorgesehen, auch die Aufnahme von Schuldscheindarlehen und Anleihen seitens öffentlicher Stellen für genehmigungspflichtig zu erklären.

In Übereinstimmung mit der konjunkturellen Entwicklung ist eine Variation der steuerlichen Abschreibung geplant. Bisher bestand die Möglichkeit, bei einem Konjunkturrückgang Sonderabschreibungen bis zu 10 % bei beweglichen Wirtschaftsgütern und bis zu 5 % bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern im Rahmen der Einkommenssteuer zu gestatten. Diese Sonderabschreibungen sollen künftig bis zur Höhe von 30 bzw. 15 % möglich sein. Neu ist die Umkehrung dieser Bestimmung, die der Bundesregierung das Recht gibt, im Falle der Hochkonjunktur alle Sonderabschreibungen und auch die degressive Abschreibung auszusetzen. Wesentlich für die konjunkturwirksame Anwendung der Abschreibungsvariationen ist dabei die gesetzgeberische Behandlung: Die bisherigen Zustimmungsrechte des Bundesrates und Bundestages sollen zur Erhöhung der Wirksamkeit solcher Maßnahmen in ein nachträglich anzuwendendes Widerspruchsrecht umgewandelt werden können.

Weiterhin ist vorgesehen, bei Vorauszahlungen zur Einkommenssteuer bessere Anpassungen an die mutmaßliche Steuerpflicht des Jahres und damit gegebenenfalls eine schnellere Erbringung höherer oder niedrigerer Vorauszahlungen zu bewirken.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf noch zwei Maßnahmen zur Verbesserung des Instrumentariums der Notenbank, die nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden sollen: eine Kreditplafondierung und eine weitere Ausgestaltung und Verschärfung der Mindestreservevorschriften.

### VII. Fazit – Partielle Sicherung der monetären Stabilität

Mit Hilfe eines solchen Stabilisierungsgesetzes — mag es auch im einzelnen noch nicht völlig ausgereift sein und hinsichtlich seiner Ausgestaltung und praktischen Anwendung manche Fragen offen lassen —, ist zu erreichen, daß zumindest zwei Komponenten der monetären Nachfrage weitgehend unter Kontrolle gebracht werden können, nämlich die privaten Investitionen und die Staatsausgaben.

In der Depression kann die Notenbank in bezug auf die private Investitionstätigkeit kaum eine Verbesserung herbeiführen. Hier erweist sich die Finanzpolitik als sehr leistungsfähig, weil sie direkt auf den Wirtschaftsablauf einwirkt, während die Geldpolitik nur indirekt Einfluß nimmt. Der Staat kann, wenn er es für nötig hält, die Nachfrage in der Wirtschaft dadurch erhöhen, daß er selbst zusätzlich nachfragt. Die Geldpolitik hingegen kann nur die Bedingungen, zu denen Geld verliehen wird, verbessern. Ob dann aber wirklich von dem zusätzlichen Geld Gebrauch gemacht wird, um damit eine größere Nachfrage zu entfalten, steht auf einem anderen Blatt. Die Überlegenheit der Finanzpolitik in dieser Beziehung wird noch dadurch gestärkt, daß sich die Wirkungen staatlicher Maßnahmen besser abschätzen lassen als die der Geldpolitik, wenngleich die Frage, wie hoch die staatlichen Ausgaben sein müssen, um die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen, noch große Schwierigkeiten bereitet.

Es ist hier darauf hinzuweisen, daß sich in einer Krise bei Konstanz der Steuersätze bereits automatisch die Einnahmen und Ausgaben des Staates auseinanderentwickeln. So erhöhen sich z. B. die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, während die Einnahmen aus der Einkommenssteuer auf Grund ihrer progressiven Ausgestaltung zurückgehen. Aber das auftauchende Haushaltsdefizit wird allein wahrscheinlich nicht genügen, um die Nachfrage in ausreichendem Maße zu erhöhen. Es müssen darüber hinaus noch bewußte Ausweitungen der Staatsausgaben erfolgen, bei deren Dosierung zahlreiche psychologische Momente zu berücksichtigen sind. Wenn z. B. in einer Krise die Preise sinken und die Bevölkerung mit weiteren Preissenkungen rechnet, ist sie leicht geneigt, ihre Ausgaben zunächst einmal so weit wie möglich zurückzuhalten, um zu einem späteren Zeitpunkt von den gesunkenen Preisen zu profitieren. Das würde natürlich, da die Konsumneigung niedrig ist, die Wirkung der öffentlichen Ausgaben auf den Zuwachs des Gesamteinkommens in der Wirtschaft erheblich reduzieren. Alles in allem jedoch ist die Vorrangstellung der Finanzpolitik zur Bekämpfung einer Krise unumstritten. Hier liegt ein Schwergewicht ihrer Wirksamkeit.

In der Prosperität braucht die Finanzpolitik hingegen nicht die führende Rolle zu spielen, zumal das Ansammeln von Überschüssen als eine unpopuläre Maßnahme angesehen wird. In dieser konjunkturellen Situation ist ihr Nutzen vor allem darin zu sehen, daß sie die Staatsausgaben selbst so manipuliert, daß die monetäre Stabilität vom Staatshaushalt her nicht gefährdet wird.

Ist der Gesetzentwurf in Erwägung'der bisherigen Maßnahmen zur Sicherung der monetären Stabilität, sofern sie von den privaten Investitionen und Staatsausgaben her gefährdet wird, bisher positiv beurteilt worden, so ist - kritisch anzuführen, daß die beiden übrigen Komponenten der monetären Nachfrage, privater Konsum und Nachfrage des Auslandes, auch von diesem Gesetz nicht erfaßt werden. Die Verfassung des Arbeitsmarktes und die außenwirtschaftliche Verfassung bleiben die neuralgischen Punkte in dem Bemühen um die Sicherung der monetären Stabilität. Solange es nicht gelingt, auf dem Arbeitsmarkt die Beachtung bestimmter gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse zu erreichen — und das möglichst ohne Zwang —, und solange es nicht gelingt, die Störungen der monetären Stabilität durch die außenwirtschaftliche Verfassung auszuräumen — sei es durch internationale Kooperation oder durch flexible Wechselkurse —, müssen alle Bemühungen um eine Verbesserung des notenbankpolitischen Instrumentariums und die Heranziehung des Staates und der Finanzpolitik zur Sicherung der monetären Stabilität zum Scheitern verurteilt sein.

Die Interdependenz aller Größen im ökonomischen System läßt, solange in zwei entscheidenden Bereichen eine adäquate verfassungsmäßige Verankerung fehlt, nicht zu, daß mit partiellen Maßnahmen schon Teilerfolge erzielt werden.

### Ein Briefwechsel

Sehr geehrter Herr W...!

... Ich darf sagen, daß ich glaube, daß Sie mit Ihren Fragen genau auf den Kern der heute zu lösenden Probleme zielen: auf das Erkenntnisproblem und damit auf das Freiheitsproblem. Und selbst wenn Sie, wie es scheint, von einem gewissermaßen entgegengesetzen Standpunkt aus an diese Probleme herangehen und folglich zu ganz anderen Auffassungen gelangen wie wir, so haben Sie dennoch damit die im eigentlichsten Sinne grundlegenden Fragen unseres Daseins ins Auge gefaßt, um deren Beantwortung es unserem "Seminar"\*) in allererster Linie geht. Denn von den Fragen "Können wir erkennen?", "Können wir (also) zur Freiheit gelangen?" und "Was für ein Wesen ist der Mensch?" und von unseren Antworten auf diese Fragen hängt ja letzlich alles Weitere für die Sozialordnung ab. Insofern bitte ich also sagen zu dürfen, daß ich mich sehr über Ihren Brief gefreut habe.

Nun aber zu Ihren einzelnen Fragen:

a) "Warum muten Sie 'letzlich der Menschheit' eine abendländisch-freiheitliche Lebensaufgabe zur Erfüllung zu?"

Die Geschichte der Menschheit zeigt, daß der Mensch in seiner Entwicklung begriffen ist von einem von Instinkten und Emotionen geleiteten und getriebenen Wesen zu einem bewußt, logisch, aus Erkenntnis handelnden — also freien — Wesen hin. Das lehrt sowohl die Anthropologie (vgl. Portmann) wie die Paläontologie (vgl. Teilhard de Chardin) wie die Geschichte aller Disziplinen überhaupt. Daß diese Entwicklung nicht gradlinig verläufig, daß es schreckliche Rückfälle in die Barbarei des Emotional-Instinkthaften gegeben hat (letztlich ist auch unser heutiger Nationalismus nichts anderes als ein Rudiment aus jener Zeit), beweist nicht das Gegenteil. Die Entwicklung vom instinktgebundenen zum bewußten und freien Menschen hin ist, wenn man größere Zeitabschnitte überschaut, unverkennbar. Der Schrittmacher in dieser Entwicklung ist aber nun einmal das "Abendland" — angefangen im frühen Griechenland. Und alle übrige Menschheit folgt, wenn auch mehr oder weniger zögernd oder sich dagegen wehrend, dem "Abendland" nach. Das sind einfach Tatsachen.

<sup>\*)</sup> Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

b) "Befürworten Sie mit der "Wissenschaft der Freiheit" eine Art Gegen-Ideologie der Freiheit zur kommunistischen Ideologie der Unfreiheit?"

Die "Wissenschaft der Freiheit" ist alles andere als eine Ideologie. Es geht uns überhaupt nicht um Ideologie oder Gegen-Ideologie, es geht uns um Wahrheitserkenntnis. Und insofern wir Wahrheit erkannt haben und der Erkenntnis gemäß handeln können, sind wir frei. Statt "Wissenschaft der Freiheit" müßte es deswegen eigentlich richtiger heißen "Wissenschaft von den Bedingungen der Freiheit". Freilich ergibt sich dann aus der Wahrheitserkenntnis, daß der Kommunismus auf dem falschen Wege ist; daß er dem Menschen einfach nicht weiterhelfen kann, weil er das wahre Wesen des Menschen nicht sieht, nicht versteht: dessen Teilhabe an der überphysischen, überzeitlichen, also an der geistigen Welt - bzw. genauer: dessen Berufensein zur Teilhabe an der geistigen Welt. Indem ich denke, ergreife ich doch bereits Gedanken aus jener überzeitlichen, überphysischen, also geistigen Welt: ergreife ich also Ideen: Wahrheit (daß ich mich, wenn ich zu denken versuche, irren kann, beweist keineswegs das Gegenteil, sondern es beweist lediglich, daß ich lernen muß, mein Denken immer mehr von Subjektivem und Unwirklichem zu befreien. Ideen, Wahrheit aber sind real, wirklich und - absolut. Wohingegen Ideologien Mittel sind, um in der relativen, raumzeitlichen Welt Macht zu erlangen oder Positionen zu verteidigen. Uns geht es also keineswegs um eine Ideologie, sondern um Wahrheit und um wahrheitsmäßes Gestalten unseres menschlichen Zusammenlebens; daß wir dabei den Kommunismus als eine dem wahren Wesen des Menschen feindliche Ideologie erkannt haben, ist lediglich ein Nebenergebnis unserer Bemühungeñ.

c) "Geht eine "Wissenschaft der Freiheit" nicht auf Kosten der Freiheit der Wissenschaft und anderer bis dato errungener westlicher Freiheiten?"

Dieser Frage liegt ein anderer Freiheitsbegriff zugrunde, als wir ihn glauben als richtig erkannt zu haben. Was ist Freiheit? Das ist die entscheidende Frage. Will man darunter letztlich "Willkür" verstehen — der Mensch ist "frei", alles zu tun, was ihm beliebt, soweit er dabei nicht die "Freiheit" der anderen verletzt? Das ist der Freiheitsbegriff der Französischen Revolution. Die Freiheit des einen findet ihre Grenze an der Freiheit des anderen. Das aber ist nicht der wahre Freiheitsbegriff, bzw. es ist im eigentlichen Sinne überhaupt kein Freiheitsbegriff, sondern ein modifizierter Willkürbegriff. Von Freiheit kann nur da die Rede sein, wo Wahrheit, Wirklichkeit erkannt worden ist und wo gemäß der erkannten Wahrheit gehandelt wird. Wenn Sie so wollen: Freiheit heißt Gebundensein an die Wahrheit. 2 + 2 = 4. Indem Sie dies denken, sind Sie gebunden an die innere Logik des 2 + 2 = 4. — und gerade indem Sie diese innere Logik bewußt erleben, erkennen, sind Sie frei. Was für das simple Beispiel 2 + 2 = 4 gilt, gilt für alle Wissenschaft,

sowohl für die Naturwissenschaft wie für die Geisteswissenschaften - alle Wissenschaft macht frei. Freilich immer unter der Voraussetzung, daß den Wissenschaftlern keine Irrtümer unterlaufen, indem sie von vorgefaßten Meinungen, Glauben oder Ideologien bestimmt werden. Gerade deshalb hat ja Sokrates grundsätzlich alles zunächst einmal in Zweifel gezogen, um den reinen Wahrheitskern zu ermitteln; um alle Meinungen, überkommenen Vorstellungen und Irrtümer usw. beiseite zu räumen - um an die reine Wahrheit selbst zu gelangen. Die dann aber einmal erkannte Wahrheit, die gesicherte Erkenntnis hat aber Sokrates dann festgehalten bis in den Tod hinein. Im Grunde gar nicht anders als Jesus Christus rund 400 Jahre später. Während Sokrates sich ausschließlich an das Bewußtsein und das Denken gewandt hat, wurde von den späteren Anhängern Christi eine Kirche gegründet, die sich vorwiegend an das Gemüt und an den Glauben wendet. Die "Sokratiker" wollen die Wahrheit bewußt wissen - die "Christen" wollen die Wahrheit glaubend erleben. Die "Sokratiker" werden durch das Wissen frei, die "Christen" erleben "Freiheit" durch den Glauben an die Wahrheit. Glauben aber heißt nicht wissen. Nur bewußtes Wissen macht wirklich frei. Dennoch sind beide, echter Glaube wie befreiendes Wissen zwei Aspekte derselben Sache, der Wahrheit. Die "Wissenschaft der Freiheit" kann also gar nicht auf Kosten der Freiheit der Wissenschaft und anderer, bis dato errungener westlicher Freiheiten gehen, sondern beide gelangen zu ein und demselben Ziel: zur Wahrheit, und beide machen uns daher in gleicher Weise — jede auf ihrem besonderen Gebiete — frei.

d) "Welche und wessen Freiheit meinen Sie konkret, wenn Sie 'Freiheit' sagen, und inwiefern ist diese Freiheit an der von Ihnen angeführten 'abendländischchristlichen Geistestradition' orientiert?"

Die Antwort auf diese Frage ist oben bereits gegeben. Hier soll aber doch noch ergänzt werden: Wenn wir "Freiheit" sagen, meinen wir ganz konkret das Handeln auf Grund der Wahrheitserkenntnis, oder — anders ausgedrückt — das Handeln aus Einsicht, aus Vernunft; das Handeln aus tiefinnerster, durch Nachdenken gewonnener Überzeugung. Die Wahrheitserkenntnis muß also in jedem Falle die Grundlage des Handelns sein, wenn von "Freiheit" die Rede sein soll. Dieser Freiheitsbegriff hat aber nun einmal seine Wurzeln — wie oben dargestellt — in der griechischen Philosophie, die ihrerseits wiederum weitestgehend die philosophische Grundlage die christlichen Religion ist, wie sie auf dem Neuen Testament ruht.

Freilich sind wir uns durchaus im klaren darüber, daß ein solches Handeln in "Freiheit" infolge des Verstricktseins des Menschen in die 1001 Versuchungen dieser Welt nur höchst selten praktische Wirklichheit werden kann. Das schließt jedoch keineswegs aus, daß gerade dieser Freiheitsbegriff der eigentliche Inhalt des Begriffes "Würde des Menschen" ist und damit der verfassungsmäßige Maßstab für die Beurteilung aller weiteren Verfassungs-

artikel wie aller Gesetze überhaupt, die ja wiederum mit der Verfassung in Einklang sein müssen.

Und auf noch eines muß hier hingewiesen werden: "Freiheit", so verstanden, bedeutet dann auch gerade im Gegensatz zu dem oben umrissenen Freiheitsbegriff der Französischen Revolution — die gleiche Freiheit für alle. Hier gibt es keine Grenze der Freiheit. Wenn Freiheit gleichbedeutend ist mit Handeln auf Grund von Wahrheitserkenntnis, so gilt das für alle Menschen in gleicher Weise.

e) "Meinen Sie mit 'sozialer Wirklichkeit einer freien und zugleich gerechten Lebensordnung' Freiheit durch soziale Gerechtigkeit, oder worauf liegt die Betonung?"

Für die Praxis des alltäglichen menschlichen Zusammenlebens für den gesamten Bereich des sozialen und politischen Lebens müssen wir unterscheiden zwischen Freiheit = Im-Besitz-sein-von-Wahrheit-und-handeln-könnengemäß-dem-Erkannten - und Freiheit = Gewährenlassen = Freilassen, damit der Mensch zur wahren Freiheit gelange. Zum Vergleich: so wie man Primaner "frei" lassen muß, damit sie frei werden können; "frei" lassen muß, daß sie also zur Erkenntnis gelangen können, so muß man die Menschen (durch die Verfassung und die Gesetze) "frei" lassen, damit sie ebenfalls zu wirklicher Freiheit gelangen können. Daß nur die wenigsten zu solcher Freiheit gelangen, hat nichts mit dem Prinzip zu tun und nichts damit, daß grundsätzlich alle - als Menschen - zur Freiheit berufen sind. Das Berufensein zur Freiheit (das ist ja auch - siehe oben - der eigentliche Inhalt des in der Verfassung verankerten Begriffes der "Würde des Menschen"), das ist das eigentliche Signum des Menschen. Und je mehr Freiheit ein Mensch erlangt hat, um so höher sein "Adel" als Mensch. Zur Freiheit kann ich nur gelangen, wenn ich selbst zu ihr hin finde. Ich kann aber nur selbst zu ihr hinfinden, wenn ich zu dieser Tätigkeit "frei" gelassen werde; wenn keiner mich bevormundet: wenn keiner mich auf eine Weltanschauung festlegt; wenn keiner mich in eine bestimmte Richtung hinein drängen will. Diese - wie ich sie einmal nennen will: - "bürgerliche Freiheit" muß dem Menschen gewährt werden, damit er im wahren (oben dargestellten) Sinne frei werden kann. Weshalb denn ja auch das Gegenstück zur "allgemeinen Gerechtigkeit" des Thomas von Aquin bzw. zum "common sense" der Engländer eben diese bürgerliche "Freiheit" ist. Ich muß mich als Mensch "frei" entfalten können - um zu meiner "Menschlichkeit", um zur Wahrheit, zur inneren Freiheit, gelangen zu können. Nun ist aber "Recht" nichts anderes als ein Teilgebiet der Wahrheit, und "Gerechtigkeit"-üben heißt, dem Rechte gemäß handeln. Indem ich aber Recht erkenne, erlange ich in dieser Beziehung Freiheit. Recht kann ich aber nur erkennen, wenn ich - wie der Primaner - "frei" gelassen werde. "Frei" gelassen werde ich aber als Mensch nur, wenn meine Lebensbedingungen (die Wirtschaftsordnung, die Rechtsordnung, das Erziehungswesen usw.) derart sind, daß ich mich im Sinne des oben Dargestellten "frei" entfalten kann. Die "soziale Gerechtigkeit" ist also die Voraussetzung dafür, daß ich in diesem Sinne "frei" werden kann. Die Betonung liegt also allemal auf der wahren Freiheit. Die "soziale Gerechtigkeit" ist aber die Bedingung dafür, daß der Mensch zunächst äußerlich "frei" werden kann, um alsdann zu innerer Freiheit, zur wahren Freiheit zu gelangen. Daß zwar viele "berufen", aber nur wenige "auserwählt" sind, ist kein Gegenbeweis und rechtfertigt niemals die Abschaffung der liberalen Gesellschaftsordnung.

Die zwei — wahrscheinlich häufigsten und insofern wichtigsten — Einwendungen gegen diesen Freiheitsbegriff und gegen diesen Begriff der "bürgerlichen Freiheiten" dürften sein:

- 1. Wohin kämen wir, wenn wir darauf warten wollten, bis genügend viele Menschen zur Wahrheitserkenntnis und damit zur Freiheit gelangt sind, wir kämen dann ja nie zu einer Ordnung unseres menschlichen Zusammenlebens; und
- 2. Es ist überdies überhaupt noch nicht einzusehen, daß wir bei unserem Erkenntnisbemühen nur zu einer einzigen Wahrheit gelangen, es gibt vielleicht noch viele andere ebenso richtige Wahrheiten.

Zum zweiten Einwand könnte nur das wiederholt und evtl. noch vertieft werden, was oben unter Punkt d) dargelegt worden ist. Damit kann man freilich "Pluralisten" nicht imponieren. Wer der Meinung ist, daß jeder Mensch sozusagen seine eigene Wahrheit haben kann; wer also Subjektivist ist; wer die Realität der Wahrheit nicht - oder noch nicht - geradezu greifbar vor Augen - sieht; wer die Wirklichkeit geistiger Gesetzmäßigkeiten nicht wahrnimmt, nicht erkennt, nicht erlebt hat - der kann auch nicht mit Gewalt zum Erlebnis der Erkenntnis und damit der Freiheit gebracht werden. Der bleibt in seiner subjektivistischen Vorstellungswelt befangen. Der ist dann allerdings im Grunde auch überhaupt nicht berechtigt, da mitzureden, wo von Wahrheit gesprochen wird. Wer selbst weiß oder zu wissen glaubt, daß er blind ist, der kann nicht oder dürfte vielmehr nicht über die Farbe diskutieren. Wer nicht erkennen kann oder wer glaubt, nicht erkennen zu können, der sollte von sich aus konsequenterweise schweigen. Freilich: niemand hat das Recht, irgend jemandem zu verbieten, seine Meinungen oder seine "Erkenntnisse" auszusprechen und zu vertreten, solange dieser nicht die äußere Ordnung (Verfassung) verletzt. Denn niemand hat ein unfehlbares Urteil.

Zum ersten Einwand: keine Macht der Erde kann die menschliche Entwicklung vorwärtszwingen! Das beste, was man tun kann, ist die Menschen zum "Sehen" der Wahrheit (zu der das Recht und die Ordnung gehören) zu erziehen, heranzubilden; ihnen die "Augen" zu öffnen, damit sie alsdann

selbst der erkannten Wahrheit gemäß handeln. Alles Bevormunden der Menschen, wie es die Kirche durch viele Jahrhunderte getan hat, alles Aufoktroyieren von "Ordnung", wie es die Machthaber aller Zeiten immer wieder versucht haben, ist daher ganz und gar zwecklos, ganz abgesehen davon, daß es absolut menschenunwürdig ist. Das einzige, was an äußerer Macht da sein muß, das ist der Verfassungsrahmen, der gewährleistet, daß die Menschen sich nicht in ihrer Entwicklung zur Freiheit hin gegenseitig behindern. Die Freiheit der Person, das ist das Ziel der Entwicklung, das äußere "Freilassen", die Autonomie der Einzelperson, die Bedingung dieser Entwicklung. Jede Art von Eingriff durch Dritte in diese Entwicklung ist vom Übel für den Menschen selbst, ja für die Menschheit als Ganzes.

f) "Wie stehen Sie zum Liberalismus, läßt er sich in die abendländisch-christliche Geistestradition einordnen?"

Der Liberalismus ist so sehr eine Entwicklungsstufe des abendländischchristlichen Denkens, daß dieses ohne jenen überhaupt nicht vorgestellt werden kann. Die französische (und deutsche) Aufklärung, der deutsche Idealismus, die Engländer von Adam Smith über John Stuart Mill bis Keynes - gibt es überhaupt bislang eine wichtigere Stufe in der abendländisch-christlichen Geistestradition? Freilich darf hier eine Gefahr nicht übersehen werden, in der sich der neuere Liberalismus befindet: die Gefahr, erstens, in einen bloß emotionalen "Liberalismus" zu verfallen, der dann obendrein allzu häufig noch mit dem emotionalen Nationalismus einhergeht; die Gefahr, zweitens, in den Subjektivismus und damit Relativismus und schließlich in den Existentialismus zu verfallen. Beide Gefahren, das Emotionale wie der Subjektivismus, haben die gleiche Quelle: Den Mangel an einer zureichenden Erkenntnistheorie. Wenn der Mensch sich mit seinem wahren — geistigen — Wesen nicht mehr mit dem wahren — geistigen — Wesen der Welt verbinden kann (re-ligio = Wiederverbindung!), weil er nicht mehr glauben kann und weil er aber auch noch nicht genügend klar und kräftig denken kann; wenn der Mensch also seine eigentliche - geistige -Existenzgrundlage verloren hat, so bleibt ihm nur noch das Bezogensein auf sich selbst. Das äußert sich dann entweder in einer rein subjektivistischen Betrachtungsweise der Welt - wie bei den alten Sophisten in Athen oder in der modernen und modischen Form des Existentialismus. So sehr der heroische Entschluß zum existentialistischen Dennoch zu bewundern ist er führt den Menschen nicht, ja gerade nicht, hin zur Verbindung mit der Welt, er schafft keinerlei Wissen um die Welt, keinerlei re-ligio mit der Welt, aus der der Mensch ja infolge der Erlangung seines Selbst-Bewußtseins (Vgl. "Baum der Erkenntnis") gewissermaßen herausgefallen ist. Das bloß emotionale "Freiheits"streben (das zu allermeist in Willkür endet) und der Subjektivismus (der in Sophisterei oder Existentialismus mündet), das sind die beiden großen Gefahren für den modernen Liberalismus. Deshalb gäbe

es für den modernen Liberalen nichts Wichtigeres als das Bemühen um eine echte Erkenntnistheorie, damit er wieder tragfähigen Zugang zum wahren Wesen der Welt erlange.

Damit hoffe ich Ihre Fragen einigermaßen ausführlich und auch befriedigend beantwortet zu haben. Ich gestehe, Ihnen sehr dankbar gerade für die provokatorische Art Ihres Fragens zu sein, weil sie mich gezwungen hat, meine eigenen Vorstellungen erneut zu überprüfen. . . .

F. P.

#### Antwort:

Sehr geehrter Herr P. . . . !

Sie haben mir in sehr ausführlicher Form am 2. April 1967 auf meinen Brief geantwortet, wofür ich Ihnen vielmals danke.

Ergänzend habe ich auch Ihren Artikel "Grundgesetz und Politik" in Folge 56/57 der Schriftenreihe gelesen. Ich muß gestehen, daß meine subjektiven Freiheitsfragen sich auf die mir nächstliegenden, äußerlichen, sogenannten bürgerlichen Freiheiten bezogen; und daß es mir schwerfällt, die von Ihnen als wesentlichere hervorgehobene innere Freiheit, die in der Wahrheitserkenntnis liege, zu begreifen. Ich kann nur ganz unsicher vermuten, daß Ihre Konzeption eine Art weltliche (politische) Parallele zum theologischen "Allein-durch-den-Glauben-gerecht-werden" darstellt.

So rechtfertigen Sie zum Beispiel im oben genannten Aufsatz — Seite 38 oben — unlautere Mittel der Politiker — und denken dabei vielleicht an Konrad Adenauer. Ich muß allerdings auch an F. J. Strauß denken, und würde schrecklich gerne wissen, welcher Art seine Wahrheitserkenntnis ist und welches vornehmste Ziel seine grundgesetzwidrigen Mittel rechtfertigt.

Ich kann nicht erkennen, wie sich derartige Zweckmittel mit der Unantastbarkeit der Würde der jeweils betroffenen Menschen und mit dem Sinn des Grundgesetzes überhaupt vereinbaren lassen. Bekanntlich leisten doch die führenden Politiker einen Eid auf die Verfassung. Ist es eine Farce?

Wenn das Wissen um die Grundrechte in der deutschen Bevölkerung nicht so lebendig ist wie vielleicht in England oder in der Schweiz, dann liegt es wohl auch daran, daß dieses Wissen selten in einer einfach verständlichen Formulierung verbreitet wird. Sehen Sie sich unsere ausführenden Gesetze an.

Und auch Ihre Formulierungen halte ich nicht für sehr verständlich, sie sind zu sehr "mit Engelszungen geredet". Irgendwie versetzen Sie die

Menschenwürde in himmlische Bereiche, während ich die Unantastbarkeit der Menschenwürde für eine rein irdische Notwendigkeit halte.

Ich bedaure sehr, daß ich den philosophisch behandelten "Fragen der Freiheit" für mich persönlich keinen verbindlichen Sinn abgewinnen kann.

H.-P. W.

d.

### Rückantwort:

Sehr geehrter Herr W. . . . !

Haben Sie vielen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 15. April 1967. Ich bedaure es, daß es mir nicht gelungen ist, mich so auszudrücken, daß es zu verstehen gewesen wäre. Dabei wird doch der Grundgedanke - Erkenntnis macht frei - von vielen Philosophen vertreten. Im Grunde ist es vielleicht eine Erlebnisfrage, ob man dieser Erkenntnis - daß Erkenntnis frei macht - zustimmen kann oder nicht. Haben Sie nicht schon oft vor schwierigen Problemen gestanden und schier verzweifelt nach der Lösung gesucht, zutiefst unglücklich und unzufrieden mit sich selbst und der Welt, bis Sie plötzlich die Lösung hatten und sofort "befreit" aufatmen konnten? Haben Sie dann nicht auch empfunden, daß Sie in diesem Augenblick in dieser Hinsicht eins waren mit der Idee, die Sie gefunden hatten? Eine "Lösung" suchen, heißt ja nichts anderes als "Befreiung" suchen, Befreiung von den Verstrickungen in die raum-zeitliche Welt und Eintreten in die reine Ideenwelt; heißt sich vereinigen mit der Idee, mit dem wahren Wesen des im Raum-Zeitlichen in die Erscheinung Getretenen; heißt Subjekt mit Objekt verbinden. Das Verbindende, die Idee, die Gedanken, das Denken, ist subiektiv-obiektiv: ist in mir wie in dem Gegenstand zugleich. Und das Herstellen dieser Gedankenbrücke (in der Mythologie dargestellt z. B. in der Odyssee durch den Fluß, durch den Odysseus aus dem Meere an das Land der Phäaken gelangt), das heißt diese immer wieder zu vollziehende Befreiungstat, vollzogen durch das Ich, das ist es, was dem Menschen Freiheit und innere Existenz zugleich und damit seine Würde verleiht.

Und ist nicht diese Würde in der Tat unantastbar? Sie können den Menschen quälen, sie können ihn tot schlagen — sein Ich, seine errungene Freiheit, seine wahre, innere Existenz, seine Würde also erreichen Sie nie. Sie ist eben schlechthin unantastbar. Daher denn ja auch der schier grenzenlose Haß aller im wahrsten Sinne des Wortes bloßen Schein-Existenzen, Substanzlosen, gegen die wirklich Autonomen, Freien, Souveränen, wie er sich in so entsetzlicher Weise im Hitlerstaate austoben konnte — weil es infolge einer langen verkehrten Entwicklung in Deutschland, in der der preußische Subordina-

tionsstaat eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, eben nicht mehr genug freie Persönlichkeiten, nicht mehr genug denkerische Kraft, Phantasie, nicht mehr genug Spontaneität gegeben hat, die Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre das heraufziehende Unheil noch hätten abwenden können.

Aber Sie haben natürlich recht: die Tatsache der Unantastbarkeit der Würde des Menschen allein genügt nicht, um diesem obersten Grundsatz der Verfassung jetzt und hier Geltung zu verschaffen. Der Schutz der Würde und das heißt denn also; der Freiheit der Person und zugleich der Berufung des Menschen zur Freiheit - muß von der staatlichen Gewalt mit allem Nachdruck garantiert sein. Und demzufolge muß jeglicher Übergriff jeder Person, und gerade auch jeglicher Übergriff von Politikern in die Grundrechte des einzelnen Menschen mit aller Entschiedenheit von allen Gerichten. vorab aber vom Bundesverfassungsgerichtshof strafrechtlich verfolgt werden. Sie haben völlig recht: unsere Bundesrepublik ist noch keineswegs vor rücksichtslosen, im Grunde ganz und gar subalternen Naturen zweifelhaften Charakters, die sich zur Machtausübung berufen fühlen, so geschützt, daß sich eine ähnliche Katastrophe wie 1933 nicht wiederholen könnte, wenn die äußeren Umstände dies erlauben sollten. Denn wie der Augenschein lehrt, ist einer gemeinen Demagogie u. U. auch heute noch alles möglich - weil, und hier liegt die Crux!, unser deutsches Bildungswesen nicht zu freien Menschen erzieht, sondern zu buckelnden, nach Noten, Versetzungen und Berechtigungsscheinen schielenden Duckmäuserseelen! Hier, gerade hier ist unser größtes Elend zu suchen.

Unser Erziehungswesen ist von Grund auf krank. Nicht aber, weil es noch zuviele katholische Zwergschulen gäbe, sondern weil es, zum einen, in der Hand des Staates liegt und hoffnungslos verbeamtet ist, und, zum anderen — und das vor allen Dingen, weil es durch und durch von materialistischer Weltanschauung und Gesinnung beherrscht wird.

Von den wenigen Ausnahmen der Privatlehrer und der Lehrer an Privatschulen abgesehen — und selbst in diesem Falle sind die Lehrer zumindest teilweise vom Staate abhängig — sind unsere Lehrer von der 1. Schulklasse bis zur Universität Staatsbeamte. Das heißt aber: ihr Brotherr ist nicht das Kind, sondern der Staat; sie sind nicht zu allererst dem Kinde (und evtl. stellvertretend dafür dessen Eltern) verpflichtet, sondern der Hohen Schulbehörde. Das heißt aber: primär werden sie stets das tun, was ihnen ihre Behörde vorschreibt und nicht das, was die Natur, die Individualität des Kindes verlangt. Das Kind verlangt Beobachtung, Pflege, Hege, Hilfestellung bei seiner Entwicklung, Förderung guter, entwicklungsfähiger Anlagen, Überwindung unerfreulicher Veranlagungen und Neigungen. Kurzum, das Kind verlang Pädagogik. Die Schulbehörde hingegen verlangt Durchfüh-

rung (!) ihres Lehrplanes, verlangt Gleichbehandlung aller Kinder — wo die Pädagogik gerade absolut individuelle Behandlung je des einzelnen Kindes fordern müßte. Die Schulbehörde legt von außen genommene Maßstäbe an das Kind an, mißt, bewertet dessen Leistungen nach diesem äußeren Maßstab. Was das Kind als solches, als werdender Mensch braucht, danach fragt die Schulbehörde nicht. Staatsbeamtentum und Pädagogik sind also sich gegenseitig auschließende Begriffe. Solange unser Bildungswesen in der Hand von Staatsbehörden ohne jede wirksame Konkurrenz durch Privatschulen liegt, wird es daher nicht gesunden können.

Unser Staatsschulwesen wird überdies weitestgehend von rein materialistischer Weltanschauung beherrscht. Mit der Abschaffung der Konfessionsschule hat man Gott praktisch aus der Schule verbannt. Mag der Religionsunterricht auch oft oberflächlich oder dogmatisch behandelt worden sein. mögen ihm noch so viele Mängel angehaftet haben - solange die Schule überhaupt an ein religiöses Bekenntnis gebunden, von einer Konfession (an ein Höheres, ein Geistiges, an Gott nämlich) getragen war, solange war die Schule noch nicht völlig geistentleert. In unseren neuen staatlichen Simultanschulen jedoch sind Gott und Geist praktisch nicht mehr spürbar - mögen deren Befürworter aus welchen Motiven auch immer das Gegenteil noch so oft behaupten. In dem Augenblick, in dem eine Konfession eine Schule nicht mehr maßgeblich bestimmt und der Religionsunterricht aus der Schule verbannt ist, wird es zu einem "unnützen", unwichtigen Anhängsel ohne weitere Verbindlichkeit für das Schulkind und für den Lehrer. Damit aber ist die Simultanschule praktisch vollkommen geistentfremdet, geistentleert, denn es gibt nun einmal bislang in unserem Schulwesen praktisch keinen philosophischen Ersatz für Religion. Unsere modernen Simultanschulen sind infolgedessen dem reinen Materialismus ausgeliefert. Das blanke Nützlichkeitsstreben, eitle Erfolgssucht, die Jagd (gleich mit welchen Mitteln) nach besten Noten und Berechtigungen, eine ganz und gar äußerliche Zweckhaftigkeit beherrscht sie. So sind unsere Schulen heute fast ausschließlich nur noch Ausbildungsstätten für den späteren Broterwerb. Bildungsstätten für Menschen sind sie nicht mehr. Denn gerade das, was die Würde des Menschen ausmacht, das Maß an Wahrheitserkenntnis, an Geistverbundenheit, an Freiheit also - gerade das kann von einer an bloßen utilitaristischen Zielen sich orientierenden Schule schlechterdings nicht erlangt werden. Was das Kind dann trotzdem noch an echtem Menschentum während seiner Jugend und Schulzeit erwirbt, das erwirbt es letztlich trotz der Schule, nicht dank der Schule.

Das sind die Tatsachen über unser heutiges Schulwesen. Und wenn ein Bundespräsident Lübke — mag er sich sonst noch so schwertun — in seinem Innern aus etwa diesen Gründen unverändert an seiner Vorliebe für die Zwergschule festhält, so hat er recht. Denn die Zwergschule, so wenig sie in intellektueller Hinsicht vielleicht zu leisten vermag (was m. E. im einzelnen sogar noch zu beweisen wäre), gerade weil sie klein ist und das Anlegen von Leistungsmaßstäben nach dem Gleichheitsprinzip fast gänzlich ausschließt, hat das einzelne Kind, den heranwachsenden Menschen — eben einfach aus der Natur der Sache heraus — mehr im Auge als die gut organisierte, technifizierte, perfektionierte — aber seelenlose — simultane Mittelpunktschule.

Das heißt aber: wenn wir endlich aus dem circulus vitiosus Staatsschulwesen Unfreiheit — Staatsschulwesen ausbrechen wollen, so müssen staatsfreie. d. h. private Schulen herbei, die zu den Staatsschulen in Konkurrenz treten können (so wie es in England und in den USA durchaus der Fall ist). Private Schulen aber brauchen Geld aus eigenen Quellen, keinesfalls aus Staatsquellen. Diese eigenen Quellen aber können erst in dem Augenblick fließen, in dem in der Wirtschaft genügend Geld verdient wird - und zwar von allen Wirtschaftsteilnehmern, so daß jeder einzelne in der Lage ist, seinem Kinde zuliebe notfalls auf die Staatsschule zu verzichten und der Privatschule den Vorrang zu geben. Nicht zuletzt deshalb ist es notwendig, daß in der Wirtschaft unter allen Umständen - das heißt also notfalls auch zu Lasten der Geldwertstabilität - Vollbeschäftigung herrscht. Denn allein die Vollbeschäftigung - bei im übrigen natürlich freier Marktwirtschaft - macht den Arbeitnehmer (und das sind wir heute zu über 80 %) so unabhängig in finanzieller wie in soziologischer Hinsicht, daß er sich von niemandem mehr einschüchtern zu lassen braucht. Die Vollbeschäftigung ist somit der Angelpunkt der ganzen künftigen Entwicklung zu freierem Menschentum hin.

Mit diesem Hinweis auf die Hauptursache unserer Misere will ich schließen. Doch zuvor noch eine Bemerkung zu der von Ihnen angeschnittenen Frage, ob ich etwa der Meinung sei, jeder gute Zweck heilige jedes Mittel. Keineswegs heiligt ein noch so guter Zweck gemeine Mittel! Freilich muß man bei Politikern zunächst einmal nach ihren Zwecken fragen bzw. ihre Ziele aus ihren Taten zu erkennen suchen. Handelt es sich unverkennbar um bloßes persönliches Machtstreben, so muß man unter allen Umständen versuchen, solche Politiker aus der Politik auszuschalten. Erst recht muß man dann versuchen, sie aus der Politik auszuschließen, wenn sie gemeine Mittel zur Erlangung persönlicher Macht verwenden, denn gemeine Mittel sind in der Regel Hinweise dafür, daß auch Charakter und Ziele gemein sind. Freilich kann man hier wohl kaum ein Regel aufstellen. Denken Sie an Odysseus. Es gab für ihn nur einen Weg zwischen Scylla und Charybdis hindurch. Und er wußte genau, daß es ihn sechs Gefährten kosten würde. Hätte er seinen Leuten die volle Wahrheit gesagt, sie hätten gemeutert. Dann aber wären sie alle verloren gewesen. So schwieg er, und kam durch. Oder nehmen Sie Talleyrand. Ein unglaublich wendiger Fuchs. Er war immer dabei, beim König, zunächst in der Revolution, bei Napoleon, dann wieder bei den Bourbonen. Er galt als charakterloser Verräter und war deshalb weithin verhaßt. Aber sein Ziel war immer unbeirrbar: die Vernunft, die Menschlichkeit. Es ist schwer, hier immer gerecht zu urteilen. Um so wichtiger ist es deshalb, rechtzeitig Ziele, Motive und Triebfedern des Handelns der Politiker zu erkennen. Und vor allem, ob diese Ziele dem Wesen und der (jeweiligen) Aufgabe des Menschen entsprechen. Und wenn dies prinzipiell der Fall ist, so sollte man es bedeutenden Politikern nachsehen, daß sie ihre Karten nicht auf den Tisch legen. Freilich, F. J. S. würde auch ich keinen Kredit einräumen, zumal schon erkennbar ist, daß er einer Salazar-Lösung zustrebt. Die aber ist uns Westdeutschen heute nicht mehr gemäß.

F. P.

# Konkurrenz hinwegdefinieren?

Aperçu zur Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12. 4. 1967 | Nr. 85 | Seite 12 Parteiengesetzentwurf (Fromme)

Die auszugsweise Veröffentlichung des Parteiengesetzentwurfs ist ebenso dankenswert, wie die kritischen Bemerkungen dazu. Auch ich sehe einen unauflöslichen Widerspruch zwischen der Geringbewertung der Wahlvorbereitungsfunktion bei der Definition im Paragraphen 1 und dem Gewicht, das im Paragraphen 2, Absatz 2, der sechsjährigen Nichtteilnahme an Wahlen beigelegt wird. Spötter werden daran noch viel Freude haben!

Wenn man die Wahlvorbereitungsfunktion in das Zentrum des Rechtsbegriffs "Partei" rückt, muß man aber wohl auch fragen, ob der einfache Gesetzgeber verfassungsrechtlich legitimiert ist, eine Vereinigung nur deshalb der Rechtsstellung als Partei für verlustig zu erklären, weil sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat. Der einfache Gesetzgeber kann den verfassungsrechtlichen Schutz, den Parteien genießen, nicht einfach hinwegdefinieren. Sowenig eine Arbeitnehmervereinigung die Rechtsstellung als Gewerkschaft verlieren kann, weil sie mangels Erfolgsaussicht viele Jahre lang nicht streikt, sowenig darf eine Wahlvorbereitungsorganisation die Rechtsstellung als Partei verlieren, wenn sie es für opportun hält, sich einige Jahre lang nicht mit eigenen Wahlvorschlägen an Wahlen zu beteiligen.

Die Vorschrift würde nicht nur, wie die 5-%-Klausel und ähnliche Regelungen, die problematische Repräsentanz von Splitterparteien in den Parla-

menten verhindern, sondern darüber hinaus die Gründung neuer Parteien und das come-back zurückgefallener Parteien erschweren! Der Zwang zum Blitzstart in den Wahlkampf kann einer Organisation, die neu gegründet wurde oder sich von Rückschlägen gerade erholt, rasch den Atem ausgehen lassen. Ein ganz kläglicher Mißerfolg einer ungenügend vorbereiteten Beteiligung an einer Wahl ist für sie weit schlimmer als ein resignierendes, aber Hoffnung lassendes Verschieben der Teilnahme auf eine spätere Wahl. Es zeigt sich immer wieder, daß neue oder "schlafende" Parteien erst dann eine echte Chance haben, wenn viele Wähler mit den etablierten Parteien durch deren eigenes Verschulden unzufrieden geworden sind. Auf diesen Moment müssen die kleinen Parteien warten können; sie müssen Gelegenheit haben, sich jahrelang auf diese ihre — nicht vorhersehbare — Stunde vorzubereiten. Mit Augenblicksblüten, wie beispielsweise der NPD, ist der Demokratie in solchen Situationen wenig gedient.

Je mehr die Wahlgesetze die Repräsentanz von Splitterparteien in den Parlamenten erschweren, um so dringender wird die Notwendigkeit, durch die Parteiengesetzgebung (und die einschlägige Verfassungsrechtsprechung) die Vorbereitung wohlorganisierter Alternativ-Parteien zu erleichtern. Der Wettbewerb der etablierten Parteien untereinander genügt für sich allein nicht; es muß dafür gesorgt werden, daß im Falle offensichtlicher Schwäche eine etablierte Partei von den Wählern — möglichst schlagartig — durch eine neue, aber ausgereifte Partei ersetzt wird. Sonst gibt der Schwächeanfall einer-etablierten Partei den anderen etablierten Parteien nur Gelegenheit, sich ebenfalls einem Schwächeanfall hinzugeben: Es kann ja nichts passieren! — Die etablierten Konkurrentinnen einer schwach werdenden Partei müssen genötigt werden, um deren Erbe mit nicht etablierten Parteien zu kämpfen. Den Abgeordneten sollte es die politische Klugheit verbieten, ihren eigenen Parteien den Stachel guter Außenseiter zu ersparen!

Sollte hinter dem § 2, Abs. 2, des Entwurfes ein guter Sinn stehen, den ich nicht erkannt habe, dann kann ihm vielleicht mit einer Differenzierung der Rechtsstellung von aktiven und nicht aktiven Parteien entsprochen werden. Solche Ungleichbehandlungen dürfen aber die Aktivierung einer nicht aktiven Partei nicht erschweren.

Eckhard Behrens, Gerichtsreferendar

### Leser-Forum

### Vollbeschäftigung schafft Gegenseitigkeit

Im Anschluß an die Aufsätze von J. N. Eberhard, Reinach, und Dr. Bodo Steinmann, Universität Bochum, und im Hinblick auf die gerade jetzt wieder aktuell gewordene Mitbestimmungsdiskussion im Bundestag und in der Offentlichkeit (wozu wir in Nr. 58 der "Fragen der Freiheit" ja auch zwei Beiträge brachten) erscheint uns eine noch etwas weitere Vertiefung der mit dem Vollbeschäftigungsproblem zusammen-Fragen angezeigt. hängenden freuen uns dabei sehr, daß die lang anhaltende Diskussion über "Wachstum und Stabilität" als Folge des kritischen Zustandes unserer westdeutschen Wirtschaft vor allem die Überzeugung zutage gefördert hat, daß "Vollbeschäftigung vor allem" herrschen muß, wenn wir weiterhin in Freiheit zusammenleben wollen. So sagte z. B. Dr. Christian Schwarz-Schilling, Geschäftsführer der Accumulatorenfabrik Sonnenschein in Büdingen, u. a. in einem vor der 'Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft' unter dem "Marktwirtschaft stärkt die Arbeitnehmer-Position im Betrieb" gehaltenen Vortrag:

"Lassen Sie mich nun zu den Gefahren kommen, die durch eine konsequente Ausgestaltung der Marktwirtschaft nicht unmittelbar beseitigt werden. An erster Stelle ist hier die Arbeitslosigkeit zu nennen, die den Vorteil der freien Arbeitsplatzwahl zunichte macht. Es ist das große Verdienst des Nationalöko-K e y ne s, aufgezeigt zu haben, daß die reine Marktwirtschaft Kreislaufkonflikte größerer Art nicht von selbst zu beheben vermag und es daher einer

aktiven Konjunkturpolitik bedarf, die auch in den westlichen Ländern vorwiegend als staatliche Aufgabe angesehen wird.

"Wir haben uns in Deutschland durch den ununterbrochenen Aufschwung, in dem wir uns seit vielen Jahren . . befinden, angewöhnt, die Vollbeschäftigung als zwangsläufiges Ergebnis der freien Marktwirtschaft anzusehen. Daß dies in der Tat nur bedingt stimmt, lehrt jedoch ein Blick z. B. auf die USA. Daß darüber hinaus die Garantierung der Vollbeschäftigung durch staatliche und tarifliche Bestimmungen u. U. auf Kosten der Gesamtproduktivität gehen und das wirtschaftliche Wachstum lähmen kann, zeigt die Entwicklung Englands. Kurz: Vollbeschäftigung ist ein Problem, das wir in Deutschland als Problem in neuerer Zeit noch nicht vor uns hatten. Ohne Zweifel ist es aber erst die Vollbeschäftigung, die den Einzelnen in seiner Rolle als Arbeitnehmer am Erfolg der Marktwirtschaft wirklich teilhaben läßt. Keine Maßnahme hat nachhaltiger und durch-schlagender die Position des Arbeitnehmers im Betrieb verbessert und gestärkt als die Übernachfrage nach Årbeitskräften. Wenn wir unsere Marktwirtschaft heute zu Recht als soziale auch in diesem Sinne bezeichnen können, dann in aller erster Linie auf Grund der Vollbeschäftigung. Lassen wir uns über den gewiß lobenswerten Anstrengungen sozialpolitischer Art nicht vergessen, daß wir die gewünschte und angestrebte Humanisierung der betrieblichen Beziehungen in allererster Linie der Vollbeschäftigung zu verdanken haben. Es wurde oben bereits angedeutet, daß die freie Arbeitsplatzauswahl das Ausmaß der Eigenverantwortung erhöht und das Sicherheitsstreben verringert hat. Es wurde von dem Schock gesprochen, den teilweise z. B. Flüchtlinge aus östlichen Ländern empfingen, wenn sie sich plötzlich den auf Wettbewerb beruhenden westlichen Verhältnissen an Stelle der eigenen, auf Versorgung eingestellten Umwelt ausgesetzt sehen, selbst wenn diese Versorgung ungenügend ist. Nur die Vollbeschäftigung - neben anderen Maßnahmen sozialpolitischer Art -- befriedigt das elementare Sicherheitsbedürfnis, das der Mensch in abhängiger Stellung — und letztlich sind wir das alle — dringend braucht.

"Die Erfolge, die durch den "Seltenheitswert' der Arbeitnehmer erreicht wurden, sind Legion. Es führt zu weit. sie alle aufzuzählen. Das wichtigste Merkmal scheint mir das wachsende Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer zunächst gegenüber der Unternehmensführung, aber darüber hinaus auch gegenüber der übrigen sozialen Umwelt zu sein. Eine wesentliche Voraussetzung ist hierfür die tatsächlich vorhandene und nicht nur theoretisch gegebene Konkurrenz auf der Arbeitsangebotsseite, d. h. die Vielfalt von Herrschaftsstrukturen, die sich dem Arbeitnehmer gegenüber als Wahlmöglichkeit anbieten. Gerade diese Bedingung, welche eine einseitige Machtkonzentration gegenüber dem Arbeitnehmer verhindert, ist außerhalb einer Marktwirtschaft nicht zu erfüllen. In einer zentralen Verwaltungswirtschaft steht dem Arbeitnehmer immer und überall ein einziger Arbeitgeber gegenüber: die statlich gelenkte Instanz. Da dieser Arbeitgeber auch auf fast allen Lebensbereichen, seien es nun das Erziehungs- und Ausbildungswesen, Verwaltung, das Militär oder die politischen Institutionen, die Herrschaftsausübung für sich in Anspruch nimmt, ist hier der Arbeitnehmer hilflos einem allgewaltigen Monopolapparat ausgeliefert."

# Vollbeschäftigung erzeugt Grundrenten - und Bodenpreis-Steigerung

Während Herr Dr. Schwarz-Schilling in dem zitierten Teil seines Vortrages den sozialen Aspekt der Vollbeschäftigung charakterisiert und damit die Notwendigkeit der Vollbeschäftigung für die Herbeiführung der "Tauschgerechtigkeit" in der Wirtschaft von dieser Seite her betont, wird von Herrn A. Moeckli, Biel (Schweiz), in einer Stellungnahme zu dem Aufsatz "Der neue Kurs" von Fritz Penserot in Nr. 58 der "Fragen der Freiheit" darauf hingewiesen, daß die Vollbeschäftigung allein noch keineswegs ausreiche, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. Herr Moeckli schreibt:

"Weder Geldwertstabilität noch Vollbeschäftigung verbessern auf die Dauer den Anteil des Arbeitseinkommens am Sozialprodukt. Bei freiem Markt verwandelt sich jede Ersparnis an Kapitalzins in Grundrente. Gegenmaßnahmen, wie diktierte Preissperre auf dem Bodenmarkt und Einwanderungsverbot für Fremdarbeiter, können nicht lange gehalten werden. Bald nachher ist das Verhältnis zwischen Lohn einerseits — Zins und Bodenrente andererseits wieder halb und halb."

"Die Ausbeutung kann nur dann verschwinden, wenn die Bodenrente weggesteuert wird. Dann soll sie aber auf sämtliche Familien umgelegt werden, nicht von Bonzen verwaltet, da sonst Chinesische Mauern, Pyramiden, Zwingburgen, Regierungspaläste, Raumschiffe oder Rüstungen daraus entstehen. Der Würde und dem Naturrecht kann nur genügt werden, wenn der ganze Arbeitsertrag in die Hand des Arbeitenden gelangt und er voll und ganz über seine bestimmt: Autorität, Verwendung Kompetenz und Verantwortung müssen unteilbar auf der gleichen Person ruhen, sonst ist kein Naturrechtszustand, sondern positives Unrecht. Herbert K. R. Müller ist ganz nahe am Problem. Es fehlt bei ihm nur noch die Umlage der Rente auf die Familien. Beträge für Bodenverbesserung usw. dürfen nicht vorweggenommen werden, um Machtballung und Korruption zu vermeiden. Die Familien müssen selbst darüber entscheiden, wieviel und für welche Zwecke sie porportional Beiträge leisten wollen, genau wie für jedes andere öffentliche Budget."

"Wenn die Arbeitenden den vollen Arbeitsertrag erhalten, sind Fragen der Kultur, Kunst, Schule, Arbeitsrecht keine Probleme mehr. Sie sind jetzt unlösbar, weil wir unter Zwang und Ausbeutung, nicht in Freiheit zusammenleben!"

Und zu den Bemerkungen über den Zins in dem genannten Aufsatz schreibt Herr Moeckli:

"Sie brauchen den Zins nicht zu verteufeln. Er ist wirklich des Teufels. Sie machen den gleichen Fehler wie Henry George, den man nur noch historisch betrachtet. Seine Abhandlung über die Bodenrente ist und bleibt aber das gründlichste, was je volkswirtschaftlich gedacht wurde. Er ist mundtot, die katholische Kirche ist volkswirtschaftlich mundtot, trotz der letzten Papstbotschaft, weil sie nicht eingesehen haben, daß der Zins immer von der Bodenrente kommt. Wo keine Rente besteht oder bleibt (weil sie weggesteuert wird), gibt es keinen Kapitalzins."

Einwand der Redaktion: wieso? Angenommen, in einer Gesellschaft gäbe es soviel Boden, daß keine Bodenrente entstehen könnte - wieso wäre in dieser Gesellschaft kein Kapitalzins möglich? Oder angenommen, die Bodenrente würde vollständig weggesteuert - wieso würden dann die Kapitalbesitzer ihr Kapital zinsfrei verleihen? Dann würde zwar nicht mehr Boden gekauft oder gepachtet werden, als wirklich gebraucht wird, aber solange das Kapital auch nur noch ein bischen knapp wäre, würde es doch auch den Zins verlangen. Erst wenn es reichlicher angeboten als nachgefragt würde, würde es zinsfrei

oder gar unter Inkaufnahme eines Abschlages (negativen Zinses) verliehen werden.

"Solange aber durch Bodenkauf Rente erworben werden kann, gibt niemand Kapital ohne gleichhohe Rente, immer auf die Dauer betrachtet. Im Wirtschaftssystem sind überall Bremsen infolge von Fristen, Terminen, langdauernden Abmachungen, Sperren und Begünstigungen eingebaut, die die sofortige Kommunizierung zwischen den verschiedenen Sparten verhindern."

"Wegen der Lenkung des Kapitaleinsatzes brauchen wir uns keine Sorge zu machen. Es ist nicht der Zins an sich, der die Lenkung bewegt, sondern die Differenzierung der Höhe des Zinssatzes. Diese funktioniert auch, wenn der Zins negativ wird, durch eine Bargeldsteuer zur Sicherung des Geldumlaufs. Die freie Wirtschaft braucht keinen Zins. Differenzierte negative Geld- und Kapitalkosten werden die Lenkung noch besser besorgen als der heutige Zins. Mit diesem großen Irrtum im letzten Absatz des ersten Teils Ihres Aufsatzes lassen Sie den Teufel zur Hintertür herein, den Sie vorn hinausgeworfen haben.

Soweit Herr Moeckli.

Abgesehen von dem einen oben erhobenen Einwand gehen wir im Prinzip völlig einig mit ihm. Es darf aber vielleicht darauf hingewiesen werden, daß es in dem Aufsatz "Der neue Kurs" nicht primär auf die Darstellung der Zusammenhänge von Zins und Bodenrente ankam, sondern auf eine Beleuchtung der Konjunkturpolitik (und dazu der Außenpolitik) der neuen Bundesregierung und in diesem Zusammenhang wiederum besonders auf die der richtigen oder falschen Ansatzpunkte und Tendenzen dieser neuen Politik. Soweit es sich um das tägliche politische Bemühen der beauftragten Regierung handelt, ist das aber das Wesentlichste und zugleich wohl auch schon das Außerste, was man erwarten kann: daß die allgemeine Richtung stimmt. Eine

Politik genau im Sinne des Ideals gibt es nicht. Auf den konkreten Fall übertragen: die Bundesregierung muß jetzt schon alle Intelligenz und alle Künste aufbieten, um die Konjunktur überhaupt am Laufen zu halten und evtl. wieder der Vollbeschäftigung zuzuführen. Alsdann wird sie enorme Kräfte brauchen, mit allen offenen und geheimen Gegnern einer solchen ungefähr richtigen (die richtige Tendenz einmal unterstellt) Konjunkturpolitik fertig zu werden und die Dauervollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Danach erst - freilich dann auch mit Sicherheit - wird das Bodenproblem so vordringlich werden, daß es in Angriff genommen und gegen wer weiß welche Widerstände gelöst werden muß. Politik ist nun einmal "nur" die Kunst des Möglichen, und überdies gilt unverändert das Wort von Oxenstierna: "Mein Sohn, du ahnst nicht, mit wieviel Dummheit die Welt regiert wird." Und es gilt um so mehr, je demokratischer unser Land regiert wird. Denn Demokratie ist nun einmal die Herrschaft der Mehrheit. Die

Mehrheit aber, "das ist der Unsinn" jedenfalls hierzulande, wo es keinen common sense, keinen allgemeinen Sinn, keine allgemein verbreitete "Allgemeine Gerechtigkeit" gibt. Oder wollen wir wieder die Entmündigung der Menschen durch einen "weisen" Herrscher, einen Diktator im Sinne Platos oder Salazars? Und wer wäre der weise Diktator? Und selbst wenn es ihn gäbe — wer garantierte uns, daß er a) nicht den Versuchungen der Macht erläge, daß b) die Nachfolge stets gesichert werden könnte und daß wir ihn c) eben wegen unserer verletzten Mündigkeit überhaupt ertrügen? Kurzum: wir müssen die Welt nehmen, wie sie ist, und müssen, von da ausgehend, unsere zwischenmenschlichen Verhältnisse und dadurch zugleich uns selbst menschlicher zu machen versuchen. Und die diesbezüglichen Bemühungen der Regierung Kiesinger-Schiller zu untersuchen, darauf war es in dem fraglichen Aufsatz angekommen.

Die Redaktion .

# Ein bedeutsamer Beitrag zu einem neuen Bodenrecht

Das Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V. 6554 Meisenheim, Herzog-Wolfgang-Straße 13b, ist ein Arbeitskreis, in welchem Vertreter fast aller liberalen sozialen Strömungen seit nunmehr über 10 Jahren in einer selten zu findenden Einmütigkeit um die Schaffung von Bausteinen für eine neue soziale Lebensordnung bemüht sind. Höhepunkt dieser Gemeinschaftsarbeit ist die jährliche Sommertagung in Herrsching am Ammersee (in diesem Jahr vom 29. Juli bis 7. August).

Die alle 2 Monate erscheinende Schrift "Fragen der Freiheit" (DM 2,50) enthält laufend das Ergebnis der hier geleisteten systematischen Studienarbeit und gibt damit jedem Menschen die Möglichkeit, auch aus der Ferne an diesem Seminar teilzunehmen. In den einzelnen Ausgaben stehen meist bestimmte Gebiete im Vordergrund, wie z. B. die Frage um den Besitz der Produktionsmittel, das Geldwesen, Weltwirtschaft, Wechselkurs usw.

Folge 51 von Pfingsten 1966 war der Bodenfrage gewidmet. Mit einer erfreulichen Gründlichkeit wurde hier alles zusammengetragen, was der Lösung dieses aktuellen Problems dienlich ist. 50 Exemplare dieser Arbeit wurden an bekannte Städtebauer, Landesplaner und sonstige besonders interessierte Persönlichkeiten und Institutionen mit der Bitte um Stellungnahme versandt. In der soeben erschienenen Folge 58 wird nun eine Anzahl der inzwischen eingegangenen Stellungnahmen ver-

öffentlicht. Was ich da zu lesen bekam, veranlaßte mich, das Heft 51 nocheinmal vorzunehmen und mit beiden zusammen die Ostertage in der Studierecke zu verbringen. Ich könnte mir denken, daß dasjenige, was sich hier dem für die Zeitfragen aufgeschlosenen mitdenkenwollenden Leser bietet, noch mehr Menschen interessieren dürfte. Meine Bewunderung gilt den Freunden dieses Seminars, die eine solche Arbeit leisten, welcher, wie die nunmehr vorliegenden Stellungnahmen zeigen, nicht mehr aus dem Wege gegangen werden kann. Besonders interessant ist mir die Stellungnahme des Herrn Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau. Das Seminar hat dieser Stellungnahme auch ein besonderers Kommentar gewidmet. Hier ist ein Eisen im Feuer und es wäre nur sehnlichst zu wünschen, daß eine genügende Anzahl Menschen sich hier erhebt, um dem was da werden will, nun die erforderliche Stoßkraft zu geben.

Darum: Schreiben Sie an obige Adresse und bestellen Sie die Hefte 51-54 und 58. Wiederholt wurde auch schon der Zustand aufgezeigt, der durch die "Handelsware" Boden heute bis zum kompletten Wahnsinn ausgeartet ist. Bei der Kürze darf es aber nicht bleiben; denn hier handelt es sich um eine ganz vitale Frage, die mit jedem Tag zunehmend an die Lebensexistenz jedes Menschen rührt. Beweis: Schaue doch jeder Leser auf den Boden, den seine Füße — ganz gleich wo und in welchem Land — in diesem Augenblick berühren. Wieviel

hat dieser Boden vor 50 Jahren gekostet? Wieviel soll er heute kosten? Wer hat den Wertzuwachs erarbeitet? Wer steckt diesen Mehrpreis heute ein? Wer muß dafür aufkommen? Ergründen Sie die Anwort auf diese 5 Fragen und rechnen Sie aus, um wieviel DM Sie selber täglich an anteiliger Grundrente Wohnungsmiete und sämtlichen Warenpreisen erpreßt werden. Sie werden dann zu dem Ergebnis kommen, daß die schlimmsten Verhältnisse in Wildwest ein Musterland der Gerechtigkeit waren gegenüber dem, was sich bei uns tut und durch unwissende Nachlässigkeit von uns selber sanktioniert und gefördert wird. Um dieses Letztere aber dreht sich das ganze Problem. An uns selber liegt es zu allererst, zu erkennen, zu prüfen, zu handeln. Ohne diese drei Dinge ist jede Emporung über das unvorstellbare Ausmaß von Erpressung durch die Bodenspekulation nur wie das Gegagger einer Hühnerschar auf dem Mist.

Wer Anspruch erhebt auf Menschenwürde, der kann an diesem Problem nicht vorbeigehen. Darum: Nehmen Sie den großen Dienst in Anspruch, den Ihnen die Freunde des genannten Seminars mit diesen Schriften geleistet haben, studieren Sie, und dann möge Ihnen aufgehen, was Sie selber für dieses Werk weiter tun können, wenn das, was Sie da erfahren, Ihren Willen noch zu entzünden vermag.

Wilhelm Schulte, Berlin

# Buchbesprechungen

Otto Palmer: "Rudolf Steiner über seine Philosophie der Freiheit." Monographie eines Buches. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart, 1966, 160 Seiten, DM 10,80.

Wenn man im Laufe vieler Jahre immer wieder das erkenntnistheoretisch-philosophische Hauptwerk Rudolf Stein e r s liest, dann kann man sagen, daß dieses Buch wohl das bedeutendste Werk über das Freiheits- und Wirklichkeitsproblem seit hundert Jahren darstellt. Den Duktus des Buches deutet sein Motto an: "Seelische Beobachtungs-Resultate nach naturwissenschaftlicher Methode". Der erste Teil (sieben Kapitel) behandelt die "Wissenschaft der Freiheit" und setzt sich unter anderem mit den Freiheitsleugnern des 17. bis Jahrhunderts auseinander. Der zweite Teil handelt von der "Wirklichkeit der Freiheit". Rudolf Steiner charakterisierte sein Buch- das seit 1918 relativ zahlreiche Auflagen erlebt hat und in mehrere Sprachen übersetzt wurde, zum Beispiel auch mit den Worten: "Verständigung des menschlichen Bewußtseins mit sich selbst". Dies deutet auf ein zu entwickelndes, reines, sinnlichkeitsfreies Denken, das ein gewöhnliches, passives Denken nicht verwirklichen kann, solange es sich nicht selbst willenhaft aktiviert. So kommt es weniger auf die Forschungsresultate an, welche die "Philosophie der Freiheit" vermittelt, sondern auf eine Trainierung des Denkens, wobei das "Denken über das Denken" geübt werden muß. Durch den sich verstärkenden Denk-Willen ruft der Mensch ein neues Organ in sich hervor. Dadurch ergeben sich geistige Erfahrungen, die alles falsch Mystische hinter sich lassen. So ist dieses außergewöhnliche philosophische Werk seit 1894 (1. Auflage) relativ wenig verstanden Die berechtigten worden. Gedankenziele der Anti-Theisten Feuerbach, Max Stirner und Nietzsche einerseits und die Intentionen von Hegel, Fichte, Schelling, Goethe usw. andererseits, finden ihre Fortbildung und Erhöhung bei Steiner. Er kennzeichnete seine philosophische Anschauung als objektiven Idealismus, als Gedanken-Monismus, aber auch als Goetheanismus. Seine "Phliosophie der Freiheit" schrieb Rudolf Steiner in der Zeit, als er im Goethe-Schiller-Archiv in Weimar die Naturwissenschaftlichen Schriften Goethes herausgab (1890-1897). Da unsere Zeit durch Denkbequemlichkeit und Denkschwäche gezeichnet ist, sich verstehen, daß Steiner in Vorträgen immer wieder auf die freiheitlichen Grundlagen seiner Philosophie und Weltanschauung, d. h. auf sein Buch, hinweisen mußte.

Diese Äußerungen fast vollständig zusammengetragen zu haben, ist das Verdienst des Schweizers Otto Palmer. Seiner "Monographie" setzt er die Worte voraus: "Gewidmet der 'Gemeinde freier Geister', für die Rudolf Steiner schrieb". Denn dieser postulierte in seiner "Philosophie der Freiheit": Leben in der Liebe zum Handeln und leben lassen im Verständnisse des fremden Wollens ist die Grundmaxime der freien Menschen". - Wenn man bedenkt, daß Steiner über 6000 Vorträge gehalten hat, so liegt der Arbeit Palmers, die entsprechenden Vortragsstellen und größeren Vortragsteile, in denen Steiner über seine "Philosophie der Freiheit" spricht, und die Palmer miteinander verbindet, eine große Liebe zugrunde. Er versuchte, das gesichtete Material unter gewisse Hauptthemata zu ordnen. Von den 16 Kapiteln seien einige genannt: "Sphäre der Freiheit"; "Neues Denken, neues Wollen — Vom Denkwillen"; "Der sozial gerichtete Wille"; "Das Übungsbuch"; "Stellung zur Wissenschaft und zu den Stufen höherer Erkenntnis"; "Auseinandersetzungen mit Kritikern und Gegnern"; und "Von der christlichen Substanz". — Wer vielleicht die "Philosophie der Freiheit" anfänglich zu schwierig fand und sie zur Seite legte, wird durch Steiners Erläuterungen selber sicherlich mit neuem Mute zu diesem Werke greifen wollen. Palmers wegweisendes Buch ist ein starkes Erlebnis. Viele Kenner des grundlegenden Steiner-Werkes werden dem Autor und dem Verlag für diese Veröffentlichung sehr dankbar sein.

Kurt Anders

Dr. rer. pol. Emmy Wagner, Die letzte Chance. Rudolf Zitzmann Verlag, 856 Lauf/Pegnitz. Taschenbuch, 120 Seiten, DM 4,80.

Wohin führt der Weg der Völker? Hinauf zu den Sternen — oder in Tod und Verderben? Was hat zu geschehen? Geistige Wandlung und soziale Gesundung bieten eine letzte Chance für gesicherten Aufstieg und Frieden.

Dr. rer. pol. Em my Wagner bietet in einem Taschenbuch einen großartigen ideellen und geschichtlichen Überblick und entwickelt daraus die praktischen Vorschläge wesentlicher sozialer Neugestaltung. Das Literatur-Verzeichnis von 50 Quellenwerken weist auf die Zuverlässigkeit der Grundlagen hin. Die Darstellung ist spannend geschrieben, scharf formuliert und sprüht von Geist. Vom Altertum bis in die Gegenwart kommen führende Soziologen zu Wort, von Aristoteles und Xenophon bis zu Keynes.

Eine köstliche Fundgrube treffender Zitate und Gestaltungen! Wir heben einige heraus: "Die reine Ökonomie erkennt von den drei Produktionsfaktoren der klassischen Nationalökonomie nur die Arbeit als einkommensberechtigt an (Lohn, Gehalt, Honorar), nicht aber Kapitalzins und Bodenzins (Grundrente), denn diese beiden sind Ausfluß des privatrechtlichen Geld- und Bodenmonopols, sie beruhen auf monopolistischer Ausbeutung und Erpressung."

"Wir werden in Umrissen eine Sozialordnung darstellen, die in Wahrheit gerecht und frei ist und daher hoch hinausragt über die beiden sich bekämpfenden einseitigen Systeme des sich ,frei' dünkenden Kapitalismus und des sich ,gerecht' dünkenden Kommunismus."

"Gehortetes Geld mag privatwirtschaftlich als bequemes Schatzmittel betrachtet werden, — volkswirtschaftlich stellt die Geldhortung jedoch eine Thrombose dar, die eine Kreislaufstörung, eine Verstopfung (Embolie) der Blutbahn der Wirtschaft bewirken muß. Deshalb müssen wir ein Geld schaffen, das nicht gehortet werden kann."

"Da der Marxismus die Zinswirtschaft nicht antastet, die doch das Wesen des Kapitalismus ist, behält er auch alle Fehler und Mängel des kapitalistischen Systems. Da er selbst Kapitalismus (Staatskapitalismus) ist, so ist seine ganze Polemik gegen den Kapitalismus unwahr."

"Ein Pfennig, der zur Zeit Christi zu 5 Prozent Zins auf Zinseszins angelegt worden wäre, hätte sich alle 15 Jahre (genau in 14,21 Jahren) verdoppelt. Zur Zeit des Kaisers Theodosius (395 n. Chr.) wäre er bereits auf 240 kg Gold angewachsen, die sich aber bis auf Otto den Großen (990 n. Chr.) bereits auf 132 Milliarden Tonnen Gold vermehrt hätten. Zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges hätte unser Pfennig-Kapitalist einem Goldklumpen von 1,74facher Größe der Erdkugel besessen, und heute im Jahre 1960 wären es rund 110 Millionen Erdkugeln aus Gold!"

"Die Welt ist nur als ein lebendiges Ganzes zu verstehen. Treffender und schöner läßt sich das nicht ausdrücken als mit den Worten von Plinius dem Alteren: Wir halten es dafür, daß die Welt eine in sich einheitliche und erhabene Gottheit sei, sie ist heilig in allen ihren Teilen. (De natura.) Die Welt einschließlich der Menschheit als Teil der Gottheit aufzufassen ist eine uralte Lehre, ja die älteste, die es überhaupt gibt. Aber für die Wissenschaft ist sie neu. Darum muß die Wissenschaft sich heute von Grund aus erneuern und von

der mechanischen Auffassung zur lebensgemäßen übergehen."

Hohe kühne Idee — und greifbar praktische Konzeption für die soziale Ordnung: Aus solcher Ganzheit weist Emmy Wagner für West und Ost den Weg aus dumpfer Not in lichtere Zukunft. Möge sie vielen Suchenden und Verzagten den frohen Willen wecken, mitzuarbeiten an der freiheitlichen Zukunft.

Professor Dr. Werner Zimmermann

Druckkostenbeitrag: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von "Fragen der Freiheit" gebeten, wenn möglich, den Druckkostenbeitrag jeweils für mehrere Folgen zu übersenden. Besten Dank!

# Die Fortsetzung der Politischen Gemeinschaftskunde muß auch diesmal verschoben werden.

#### Druckfehlerberichtigung:

Bei der Übersicht über die in "Fragen der Freiheit" seither behandelten Themen muß es be-Folge 47/48 anstatt "Gegenstandsprobleme" heißen: Gegenwartsprobleme.

Die Schriftenreihe "Fragen der Freiheit" erscheint als privater Manuskriptdruck sechsmal im Jahr, und zwar alle zwei Monate. Sie verbindet die Freunde des "Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirnschaft, des Staates und der Kultur" (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13b) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Druckkostenbeitrag ist so bemessen, daß sich die Schriftenreihe gerade selbst trägt. Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Donau, Römerstraße 97

Druckkostenbeitrag: für das Einzelheft Richtsatz DM 2,50, für das Doppelheft DM 5,— Bezug: "Fragen der Freiheit", 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfg.-Str. 13 b, Tel. (0 67 53) 6 69 Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, Bad Kreuznach, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.

Banken: Volksbank Meisenheim Konto "Fragen der Freiheit" Nr. 5611 – SAG-Konto 7474 bei SAG-Verein (Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit), 8228 Freilassing, Vredestraße 7

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt

